

Jahresabschluss 2016

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH



Leipziger
Wasserwerke

Kennzahlen und sonstige Angaben in Anwendung von § 96a Abs. 1 Nr. 9 in Verbindung mit § 99 Abs. 2 und 3 SächsGemO gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages

Die Geschäftsentwicklung wird maßgeblich durch folgende Kennzahlen beschrieben:

in TEUR

	2016	2015	2014
Kennzahlen zur Vermögenssituation			
Quote Anlagevermögen			
Anlagevermögen	924.796 = 94,1 %	913.639 = 94,2 %	908.929 = 94,9 %
Gesamtvermögen	983.048	969.842	958.280
Investitionsdeckung			
Bruttoabschreibungen	41.252 = 78,8 %	41.696 = 89,3 %	42.398 = 95,0 %
Bruttoinvestitionen ¹	52.347	46.671	44.628
Kennzahlen zur Kapitalstruktur			
Eigenkapital ²	366.180 = 37,2 %	360.680 = 37,2 %	359.286 = 37,5 %
Gesamtkapital	983.048	969.842	958.280
Kennzahlen zur Rentabilität			
Eigenkapitalrentabilität			
Jahresergebnis ³	24.004 = 6,6 %	30.612 = 8,5 %	30.346 = 8,4 %
Eigenkapital ²	366.180	360.680	359.286
Gesamtkapitalrentabilität			
Jahresergebnis ³	24.004 = 2,4 %	30.612 = 3,2 %	30.346 = 3,2 %
Gesamtkapital	983.048	969.842	958.280

¹ Anlagenzugänge inklusive unentgeltlicher Übertragungen und aus Verschmelzung WAK (2015)

² unter Berücksichtigung empfangener Ertragszuschüsse und des Sonderverlustkontos aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG

³ vor Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter und Ergebnisabführung

in TEUR

	2016	2015	2014
Kennzahlen zum Geschäftserfolg			
Umsatz je Mitarbeiter			
Umsatz	145.087	139.998	142.956
Mitarbeiteranzahl (Durchschnitt)	569	556	548
	= 254,99	= 251,79	= 260,87
Kennzahlen zur Liquidität			
Liquidität 1. Grades			
Flüssige Mittel	21	13	9
Konzernfinanzierung	11.417	10.574	1.609
Kurzfristiges Fremdkapital ¹	101.443	103.567	118.865
./. Verrechenbare Rückstellung für Abwasserabgabe	-4.290	-4.392	-15.495
	= 11,8 %	= 10,7 %	= 1,6 %
Liquidität 2. Grades			
Flüssige Mittel	21	13	9
Konzernfinanzierung	11.417	10.574	1.609
Kurzfristige Forderungen	45.679	44.486	45.967
Kurzfristiges Fremdkapital ¹	101.443	103.567	118.865
./. Verrechenbare Rückstellung für Abwasserabgabe	-4.290	-4.392	-15.495
	= 58,8 %	= 55,5 %	= 46,0 %
Liquidität 3. Grades			
Flüssige Mittel	21	13	9
Konzernfinanzierung	11.417	10.574	1.609
Kurzfristige Forderungen	45.679	44.486	45.967
Vorräte	374	382	407
Kurzfristiges Fremdkapital ¹	101.443	103.567	118.865
./. Verrechenbare Rückstellung für Abwasserabgabe"	-4.290	-4.392	-15.495
	= 59,2 %	= 55,9 %	= 46,4 %

¹ ohne Rechnungsabgrenzungsposten**Plan – Ist 2016**

Wesentliche Planzahlen werden nachfolgend den Ist-Werten gegenübergestellt:

		Plan 2016	Ist 2016
Umsatz	Mio. EUR	147,1	145,1
Betriebsergebnis	Mio. EUR	32,8	25,7
Jahresergebnis vor Ergebnisabführung	Mio. EUR	28,1	24,0
Investitionen gesamt	Mio. EUR	58,7	52,3
Wasserwerke-Finanzanteil	Mio. EUR	44,4	41,2
Wasseraufkommen gesamt	Mio. m ³	33,8	35,2
Wasserabsatz	Mio. m ³	29,5	30,7

Inhaltsverzeichnis

Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2016	Seite 2
Lagebericht	Seite 5
Bilanz	Seite 26
Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 28
Anhang	Seite 29
Entwicklung des Anlagevermögens	Seite 46
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Seite 48

Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2016

der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2016 durch eine regelmäßige und umfassende Berichterstattung durch die Geschäftsführung über die Lage und die Geschäftsentwicklung der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH und deren Tochtergesellschaften informiert. Darüber hinaus hat sich der Vorsitzende des Aufsichtsrates auch außerhalb von Sitzungen von der Geschäftsführung zu Einzelsachverhalten berichten lassen.

Der Aufsichtsrat hat seine Überwachungs- und Beratungspflichten gegenüber der Geschäftsführung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und dem Gesellschaftsvertrag uneingeschränkt wahrgenommen. In diesem Zusammenhang hat er sich von der Geschäftsführung zu wesentlichen Geschäftsvorfällen berichten lassen, Berichte abgefordert und einschlägige Beschlüsse gefasst.

Im Geschäftsjahr 2016 haben vier ordentliche Sitzungen sowie zwei außerordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden. Weiterhin wurden durch den Aufsichtsratsvorsitzenden drei Beschlüsse im Eilverfahren gemäß § 8 Abs. 5 Gesellschaftsvertrag v. 17.06.2015 i. V. m. der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates gefasst sowie eine Klausurtagung abgehalten.

Themenschwerpunkte waren dabei vor allem:

1. Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015
2. Wirtschaftsplan 2017 und Mittelfristplan 2018 bis 2021
3. Beteiligungsmanagement und Risikomanagement
4. Geschäftsführerangelegenheiten der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH sowie deren Tochtergesellschaften
5. Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung 2030
6. Erweiterung/Optimierung der Kläranlage Rosental

Darüber hinaus besteht ein Finanz- und Bauausschuss des Aufsichtsrats, welcher im Geschäftsjahr 2016 zu fünf Sitzungen und ein Präsidial- und Beteiligungsausschuss, welcher im Geschäftsjahr zu drei Sitzungen zusammen kam.

Die Stadt Leipzig hat Grundsätze und Standards der Unternehmenssteuerung und der Unternehmensführung für kommunale Unternehmen in Anlehnung an den Deutschen Corporate Governance Kodex für börsennotierte Unternehmen und den Public Corporate Governance Kodex für Beteiligungsunternehmen des Bundes sowie den Empfehlungen des Präsidiums des Deutschen Städtetages entwickelt. Die Stadt Leipzig hat mit Ratsbeschluss RBV-1843/13 vom 11. Dezember 2013 den „Leipziger Corporate Governance Kodex“ (LCGK) beschlossen.

Den sich aus dem Beschluss der Gesellschafter der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH ergebenden Verpflichtungen zur Umsetzung einzelner Regelungen des LCGK vom 17. Februar 2014 wurde im Rahmen des Jahresabschlusses vollständig entsprochen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 sind von der zum Abschlussprüfer bestellten Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig geprüft worden. Die Jahresabschlussprüfung erstreckte sich auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG.

Im Ergebnis der Prüfung wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Der Aufsichtsrat hat den von der Geschäftsführung vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Der Abschlussprüfer hat an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und dem Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat nimmt den Bericht der Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 sowie des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2016 zur Kenntnis. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 festzustellen und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 zu genehmigen.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Geschäftsführung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und spricht allen Beteiligten seine ausdrückliche Anerkennung für die erfolgreiche Tätigkeit aus.

Leipzig, 31.Mai 2017



Volkmär Müller
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Die Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke), sind eine zu 100 % in kommunalem Eigentum befindliche Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die beiden Gesellschafter der Wasserwerke sind die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (Stadtholding), als Gesellschaft im Eigentum der Stadt Leipzig sowie der Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land, Leipzig (ZV WALL), in dem 13 Gemeinden des Leipziger Umlandes und die Stadt Leipzig vertreten sind. Die Stadtholding hält 74,6 % der Anteile, der ZV WALL ist mit 25,4 % an den Wasserwerken beteiligt.

Die Geschäftstätigkeit der Wasserwerke umfasst die Versorgung von rund 677.000 Menschen in ihrem Versorgungsgebiet mit Trinkwasser sowie die umweltgerechte Entsorgung des in ihrem Entsorgungsgebiet anfallenden Abwassers von circa 645.000 Einwohnern.

Der Aufsichtsrat als Kontrollgremium der Wasserwerke hat im Berichtszeitraum 2016 insgesamt sechs Sitzungen und eine Klausurtagung absolviert. Weiterhin wurden drei Beschlüsse im Eilverfahren gemäß § 8 Abs. 5 Gesellschaftsvertrag vom 17. Juni 2015 in Verbindung mit der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates durch den Aufsichtsratsvorsitzenden gefasst. Die umfangreiche Gremienarbeit spiegelt die enge Zusammenarbeit zwischen den Wasserwerken und ihrem Kontrollgremium wider.

1.2 Ziele und Strategien

Aufgabe der Wasserwerke ist es, Leipzig und das Umland mit Trinkwasser zu versorgen und das anfallende Abwasser umweltgerecht zu behandeln. Dafür wurden drei Zieldimensionen identifiziert: eine sichere Ver- und Entsorgung, eine starke Kundenorientierung und eine hohe Wirtschaftlichkeit. Diese drei Ziele stehen in Abhängigkeit zueinander und werden in der täglichen Arbeit austariert. Unter den Gesichtspunkten hoher Kundenzufriedenheit und hoher Wirtschaftlichkeit werden die Wasserwerke durch nachhaltiges Wirtschaften stetig zu einem zukunftsfähigen und effizienten Unternehmen weiterentwickelt. Dabei stehen die Kunden im Mittelpunkt des Handelns. Eine effiziente Steuerung der Investitionen in ein funktionstüchtiges und modernes Ver- und Entsorgungssystem stärkt das Anlagevermögen und sichert den Gesellschaftern zudem eine angemessene Eigenkapitalverzinsung und somit auch ein angemessenes Ergebnis. Eine hohe Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Lösungen entlang des Kerngeschäftes schaffen ein positives Image. Damit festigen die Wasserwerke ihre Stellung als attraktiver Auftrag- und Arbeitgeber in der Region.

1.3 Forschung und Entwicklung

Die Wasserwerke befinden sich seit vielen Jahren in einem regen fachlichen Austausch mit zahlreichen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen und bieten in Kooperation mit akademischen Institutionen auch die sach- und fachkundige Betreuung von Bachelor- und Masterarbeiten an. Zielstellungen sind dabei ein Wissenstransfer aus der Praxis in die Forschung und auch umgekehrt sowie die Gewinnung von qualifiziertem Personal.

Auch im Jahr 2016 beteiligte sich das Unternehmen an zahlreichen Verbundprojekten im Trink- und Abwasserbereich. Im Fokus standen dabei unter anderem verfahrenstechnische Ansätze zur Spurenstoffelimination und ein Messprogramm zur umfassenden Analyse der Ablaufwerte unserer Kläranlagen hinsichtlich prioritärer Stoffe mit fachlicher Unterstützung des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung – UFZ. Auf dem Gebiet des Niederschlagswasserma-

nagements engagierten sich die Wasserwerke intensiv für die Vorbereitung und Initiierung eines Anpassungsprojektes für wassersensible Infrastrukturen. Im Rahmen der kommunalen Gemeinschaftsaufgabe „Risikomanagement Starkregen“ übernehmen die Wasserwerke im Jahr 2017 auftragsgemäß die Rolle des Projektsteuerers und werden inhaltlich bei der Projektbearbeitung vom Institut für Siedlungswasserwirtschaft der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig unterstützt.

Die Wasserwerke informieren die Bürger regelmäßig über ihr Kerngeschäft, die Trinkwassergewinnung und -verteilung sowie Abwasserableitung und -reinigung. Hierzu zählt auch die Zusammenarbeit mit Schulen, welche die Anlagen der Wasserwerke besichtigen oder das zielgruppenspezifische Informationsmaterial der Wasserwerke für den Unterricht nutzen. Darüber hinaus öffnen die Wasserwerke ihre Anlagen im Rahmen von Tagen der offenen Tür regelmäßig für interessierte Bürger.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war auch im Jahr 2016 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP in einer ähnlichen Größenordnung gewachsen: 2015 um 1,7 % und 2014 um 1,6 %. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 einen halben Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von 1,4 % lag.

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2016 war die inländische Verwendung: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt 2 % höher als ein Jahr zuvor. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit 4,2 % sogar noch deutlich stärker. Dieser kräftige Anstieg ist unter anderem auf die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden und die daraus resultierenden Kosten zurückzuführen. Insgesamt legten die Konsumausgaben um 2,5 % zu und waren auch im Jahr 2016 die größte, jedoch nicht die einzige Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums. Auch die Investitionen trugen ihren Teil dazu bei: Die preisbereinigten Bauinvestitionen stiegen im Jahr 2016 kräftig um 3,1 %, was vor allem an höheren Investitionen für Wohnbauten lag. In Ausrüstungen – das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde mit 1,7 % ebenfalls mehr investiert als ein Jahr zuvor. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %.

2.1.2 Wasserwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wasserwirtschaft befindet sich laut Branchenbild in einem ständigen Modernisierungsprozess. Es gilt, die hohen Standards zu erhalten und weiterzuentwickeln und dabei die Entgelte für die Kunden angemessen zu gestalten. Wesentliche Herausforderungen der Branche sind neben der Sanierung der bestehenden Ver- und Entsorgungsinfrastruktur die demografische Entwicklung, der sich abzeichnende Klimawandel, die Energiewende und die Diskussion um weitergehende Anforderungen an die Abwasserbehandlung zur Reduzierung anthropogener Spurenstoffe sowie die Klärschlamm Entsorgung. Im Jahr 2016 ist aber auch die Diskussion über smarte Infrastrukturentwicklung im Spannungsfeld mit IT- und Informationssicherheit in der Wasserwirtschaft sehr stark in den Vordergrund getreten. Mit der Einordnung als kritische Infrastruktur (KRITIS) ergeben sich für die Wasserwerke in besonderem Maße Anforderungen aus der KRITIS-Verordnung und dem IT-Sicherheitsgesetz. Mit der Einführung eines Informationssicherheitsmanagementsystems, das im Jahr 2018 abgeschlossen werden soll, entsprechen die Wasserwerke diesen Anforderungen.

Hinsichtlich der Trendbegriffe „Wasser 4.0“ und „Digitalisierung“, welche die Branchendiskussion der Wasserwirtschaft zu smarterer Infrastrukturentwicklung überschreiben, gilt es für die Wasserwerke, wie auch für die Branche insgesamt, nutzenstiftende Anwendungsfelder zu konkretisieren, bereits Bestehendes sichtbar zu machen und die inhaltliche Diskussion zu strukturieren. Chancen werden vor allem bei der verstärkten Implementierung digitaler Anwendungen zur Erleichterung der Arbeit und zur Effizienzsteigerung rings um das Kerngeschäft sowie bei medienübergreifenden Ansätzen zur Nutzung von Energiepotenzialen gesehen, wie zum Beispiel Wärme aus Abwasser.

Als lokale Besonderheit ist der nach wie vor im bundesdeutschen Vergleich niedrige spezifische Wassergebrauch im Versorgungsgebiet der Wasserwerke zu nennen. So lag der Pro-Kopf-Tagesgebrauch im Jahr 1993 noch bei 115 Litern. 2004 sank er erstmals unter die 90-Liter-Marke und erreichte 2011 seinen bisherigen Tiefstwert von 85,9 Litern. Im Vergleich mit dem für das Jahr 2015 im Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft dargestellten bundesdeutschen Durchschnittswert von 122 Litern pro Person und Tag entspricht die Nutzung im Versorgungsgebiet der Wasserwerke mit 91,9 Litern pro Einwohner und Tag im Jahr 2016 damit einem um gut 25 % geringeren Durchschnittsgebrauch. Allerdings kann nach dem sechsten Jahr leichter Gebrauchssteigerungen in Folge von einem, unter Absatzgesichtspunkten, positiven Trend gesprochen werden.

Wesentlich stärker als der Anstieg des Durchschnittsgebrauches wirkt sich die ungebrochen dynamische und dem allgemeinen Flächentrend entgegengesetzte Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig und des Umlandes auf die Absatzentwicklung aus. Die durchschnittliche Einwohnerzahl ist gegenüber dem Vorjahr um circa 17.000 gestiegen und entspricht in etwa der Bevölkerungsvorausschätzung der Stadt Leipzig (Amt für Statistik und Wahlen) vom 20. April 2016. Im Hinblick auf die Ver- und Entsorgungskapazitäten wird diese Entwicklung seitens der Wasserwerke genau beobachtet und findet Berücksichtigung in der Überarbeitung der langfristigen Ver- und Entsorgungskonzepte.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Wasserwerke haben auch im Geschäftsjahr 2016 ihre hervorragenden Kompetenzen bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung unter Beweis gestellt und ein sehr gutes, wenn auch um Mio. EUR 6,6 durch Sondereffekte niedrigeres Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an die Gesellschafter erwirtschaftet.

Die Umsatzerlöse, hauptsächlich für die Kundengruppen „private Haushalte“ sowie „Industrie und Kleingewerbe“, haben sich positiv entwickelt.

2.2.1 Ertragslage

Im Jahr 2016 ergab sich für die Gesellschaft ein Jahresergebnis vor Ausgleichszahlung an den ZV WALL und Ergebnisabführung an die Stadtholding von Mio. EUR 24,0 (Vj.: Mio. EUR 30,6).

Ab Januar 2016 ist die neue Preisperiode gestartet. In der Kalkulation wurden erstmals kalkulatorische Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerte angesetzt. Die Trinkwasserpreise sind stabil geblieben und einen leichten Anstieg um rund 5 % gab es im Schmutzwasserpreis. Im Niederschlagswasser wurde das Abrechnungsmodell deutlich vereinfacht, somit gibt es nur noch zwei Versiegelungsgrade. Die Preisanpassungen wirkten sich positiv auf die Ertragslage aus.

Aus ihrer operativen Geschäftstätigkeit erwirtschafteten die Wasserwerke im Jahr 2016 Umsatzerlöse von Mio. EUR 145,1. Das entspricht einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 % (Vj.: Mio. EUR 140,0). Dabei entfielen Mio. EUR 71,8 (49,5 %) auf die Sparte Trinkwasser und Mio. EUR 70,8 (48,8 %) auf die Sparte Abwasser. Die restlichen Mio. EUR 2,5 (1,7 %) entfallen auf Nebenleistungen und die plangemäße Auflösung empfangener Ertragszuschüsse. Erstmals wurden aus der Zuführung zum Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse für Wiederbeschaffungszeitwerte Umsatzminderungen in Höhe von Mio. EUR 4,1 erfasst. In den Nebenleistungen sind nach dem Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (BilRUG) seit 2016 Erlöse aus Miet- und Pachteinnahmen sowie Serviceleistungen von insgesamt

Mio. EUR 1,0 enthalten. Bereinigt man den Umsatz um die gebildete und verbrauchte Rückstellung für Umsatzrisiken, konnte ein Umsatzanstieg von Mio. EUR 4,4 gegenüber dem Vorjahr (Mio. EUR 141,4) auf Mio. EUR 145,8 erreicht werden.

	Ist 2016	Ist 2015	Abweichung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	absolut Mio. EUR	%
Umsatz gesamt	145,1	140,0	5,1	3,6
Rückstellung Umsatzrisiko	0,7	1,4	-0,7	-50,0
Umsatz ohne Rückstellung Umsatzrisiko	145,8	141,4	4,4	3,1

Die bereitgestellte Menge Trinkwasser erhöht sich auf 35,2 Mio. m³ gegenüber dem Vorjahreswert (Vj.: 33,8 Mio. m³). Der Trinkwasserabsatz liegt mit 30,7 Mio. m³ um 1 Mio. m³ über dem im Vorjahr (29,7 Mio. m³). Der technische Wassereigenbedarf (Eigenbedarf und Wasserverluste) stieg auf 4,5 Mio. m³ (Vj.: 4,1 Mio. m³) an. Entsprechend der Zunahme des Trinkwasserabsatzes hat sich auch die Menge des von den Trinkwasserkunden eingeleiteten Abwassers erhöht, dies spiegelt sich auch in der behandelten Trockenwettermenge (Schmutzwasser inklusive Fremdwasser) wider, die um 4,7 % auf 37,8 Mio. m³ (Vj.: 36,1 Mio. m³) gestiegen ist.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um Mio. EUR 7,3 auf Mio. EUR 22,5 gesunken. Im Wesentlichen sind es die im Vorjahr höheren Auflösungen von Rückstellungen sowie Sondereffekte aus Gutschriften, Erstattungen und Erträgen aus verrechenbarer Abwasserabgabe des Vorjahres sowie die Wirkung der Umgliederung nach BilRUG von Mio. EUR 1,0 der Miet- und Pachteinahmen und sonstiger Serviceleistungen in die Umsatzerlöse.

Der Materialaufwand liegt bei Mio. EUR 41,0 und damit erhöht zum Vorjahresniveau (Vj.: Mio. EUR 38,4), unter anderem begründet durch höheren Instandhaltungsbedarf im Rohr- und Kanalnetz sowie höhere Energieaufwendungen infolge gesteigerter Trinkwasserfördermengen und behandelter Einleitmengen. Mit dem Personalaufwand in Höhe von Mio. EUR 30,2 (Vj.: Mio. EUR 28,6) lagen die Wasserwerke über dem Niveau der Vorjahre, im Wesentlichen bedingt durch die höhere durchschnittliche Anzahl von Mitarbeitern inklusive Auszubildenden (569) gegenüber dem Vorjahr (556) und planmäßige Tarifsteigerungen. Die Abschreibungen von Mio. EUR 41,3 (Vj.: Mio. EUR 41,8) weichen nur geringfügig ab.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zu 2015 um Mio. EUR 1,6 auf Mio. EUR 29,7 (Vj.: Mio. EUR 28,1 inklusive Umgliederung außerordentlicher Aufwand) gestiegen. Wesentliche Ursache ist der Anstieg der außergewöhnlichen Aufwendungen um Mio. EUR 4,1 bei sonst rückläufigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Aus der Betriebsprüfung des Finanzamtes ergab sich eine Umsatzsteuernachzahlung von Mio. EUR 5,3, die als außergewöhnlicher Aufwand verbucht wurde. Der im Vorjahr ausgewiesene Wert von Mio. EUR 1,2 resultiert aus dem Erlass der Ausgleichszahlung von 50 % an den Minderheitsgesellschafter. Zusätzlich erhöhend wirkte die Bildung der Rückstellung für einen zusätzlichen Wechsel von Zählern in Höhe von Mio. EUR 1,0, die ohne gültige Konformitätsbewertung geliefert wurden. Das Vorjahr war dagegen geprägt durch Sondereffekte im Zusammenhang mit den CDO-/CDS-Prozessen.

Im Wesentlichen aufgrund erhöhter Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen konnten die Zinserträge um Mio. EUR 0,5 gesteigert werden.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen (inklusive Aufzinsung von Rückstellungen) sind im Vergleich zum Vorjahr auf Mio. EUR 4,7 (Vj.: Mio. EUR 5,2) gesunken. Ursache für die Abnahme sind vor allem die geringeren Aufwendungen für die Aufzinsung der Rückstellungen (Mio. EUR 0,6), die gegenüber dem Vorjahr (Mio. EUR 1,1) um Mio. EUR 0,5 gesunken sind.

2.2.2 Vermögens- und Finanzlage

Zu den in den Jahren 2006 und 2007 abgeschlossenen CDO-/CDS-Transaktionen erging am 4. November 2014 ein Urteil des High Court of Justice in London.

Gegen dieses Urteil wurde seitens der UBS AG, UBS Limited und UBS Global Asset Management (UK) Limited (im Folgenden UBS) Berufung eingereicht. Am 16. Oktober 2015 wurde die Berufung zugelassen (vgl. 3.1.2 Risiken aus Finanzgeschäften).

Die zum Bilanzstichtag 2015 bestehende Verbindlichkeit für die seitens der Prozessgegner durch Verrechnung des im Voraus geleisteten Abschlags auf die zu erwartende Prozesskostenerstattung in Höhe von Mio. EUR 15,0 besteht im Jahr 2016 in gleicher Höhe weiter.

Aufgrund des für die Wasserwerke positiven Gerichtsurteils vom 4. November 2014, der guten Geschäftsaussichten, der eingeleiteten Maßnahmen zur Aufwandsreduzierung sowie der im Rahmen des Wirtschaftsplans für 2017 bis 2021 dargestellten und vom Aufsichtsrat bestätigten Kreditaufnahme (für 2017 rund Mio. EUR 74,0) unter Beibehaltung des künftigen kurzfristigen Cash-Management-Kreditrahmens von Mio. EUR 8,0 gehen die Wasserwerke von einer weiterhin stabilen Finanzlage aus. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2016 durch den Cash-Management-Kreditrahmen der Stadtholding jederzeit gewährleistet.

Für das Geschäftsjahr 2016 weisen die Wasserwerke eine Bilanzsumme von Mio. EUR 1.026,1 aus. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr (Mio. EUR 997,6) einer Erhöhung um 2,9 %.

Das Anlagevermögen wies zum 31. Dezember 2016 Mio. EUR 924,8 aus. Das waren im Vergleich zum Vorjahr (Mio. EUR 913,6) rund 1,2 % mehr. Im Berichtsjahr investierte die Gesellschaft insgesamt Mio. EUR 52,3 in Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich von Mio. EUR 230,7 per 31. Dezember 2015 um 17,4 % auf Mio. EUR 270,8. Das Eigenkapital der Gesellschaft lag am Bilanzstichtag bei Mio. EUR 285,4, das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme bei 27,8 %.

2.2.3 Investitionen

Das Investitionsvolumen liegt einschließlich der unentgeltlichen Übertragung technischer Anlagen bei Mio. EUR 52,3 (Vj.: Mio. EUR 45,6) und damit 14,7 % höher als das Investitionsvolumen des Vorjahres. Vom Gesamtvolumen der Investitionen entfielen Mio. EUR 20,9 (40,0 %) auf die Sparte Trinkwasser und Mio. EUR 30,0 (57,4 %) auf die Sparte Abwasser, Mio. EUR 1,4 (2,6 %) waren sonstige Investitionen. In die Werke wurden Mio. EUR 5,3 (10,1 %), in die Trink- und Abwassernetze inklusive Erschließungen Mio. EUR 44,7 (85,5 %) und in den übrigen Bereichen Mio. EUR 2,3 (4,4 %) investiert, wobei dort Mio. EUR 0,6 auf das Tarifgebiet Lindelbach entfielen.

Investitionen Werke: Von den Mio. EUR 5,3 an Investitionen für den Unternehmensbereich Werke entfielen rund Mio. EUR 2,4 auf die Investitionen in den Wasserwerken und Mio. EUR 2,9 auf die Investitionen in den Kläranlagen.

Im Bereich der Wasserwerke wurde vor allem die Erneuerung der Fassungsanlagen weiter fortgesetzt. Mit dem Bau von zehn Brunnen der ersten Ausbaustufe in den Fassungsanlagen des Wasserwerks (WW) Canitz wurde dieser Abschnitt in diesem Jahr beendet und ein Meilenstein bei der Erneuerung der Brunnen zur Rohwassergewinnung erreicht. Insgesamt wurden dort bisher 55 Heberbrunnen des neu entwickelten „Canitzer Typs“ errichtet. Somit stehen über 50 % der in den WW Canitz/Thallwitz bis zum Jahr 2018 geplanten circa 96 Brunnen für die Trinkwasserproduktion zur Verfügung. Im Jahr 2017 wird mit dem Bau neuer Brunnen in den Fassungsanlagen des WW Thallwitz begonnen.

Parallel zu diesen Vorhaben wurde in diesem Jahr im Wasserwerk Naunhof 1 mit der Erneuerung der Fassungsanlagen an diesem Standort begonnen. Das Ziel ist es, eine nachhaltige Sicherstellung der Rohwassergewinnung durch Neuerrichtung von 36 Pumpbrunnen bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Aufgrund des deutlich gestiegenen Wassergebrauchs infolge der positiven demografischen Entwicklung im Einzugsgebiet sind diese Investitionen eine Grundlage zur Sicherstellung der Rohwassermengen in den kommenden Jahren und stehen im engen Zusammenhang mit der weiteren Umsetzung der unternehmensweiten Wasserkonzeption „Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung 2030“.

Mit der Finalisierung der zugehörigen konzeptionellen Planungen sowie zeitlicher bzw. finanzieller Einordnung in den Wirtschaftsplan wurde in diesem Jahr ebenso ein wesentlicher Meilenstein in diesem Projekt erreicht.

Die unternehmensinterne Entscheidungsfindung über die Vorzugsvariante ist damit abgeschlossen.

Nach Bestätigung durch die Aufsichtsgremien des Unternehmens sollen die ersten Maßnahmen im Folgejahr bereits planerisch untersetzt werden.

Weitere Maßnahmen waren der Beginn des Komplettersatzes der Steuerungen in allen Wasserwerken mit Umsetzung der Planungsleistungen sowie Erneuerung der Dosieranlagen im WW Naunhof 1 und Ersatz der Strom- und Datenverbindung zwischen den Standorten Canitz und Thallwitz.

Die im letzten Geschäftsjahr begonnene Planung zum präventiven Hochwasserschutz speziell im WW Canitz wurde fortgesetzt. Durch die Landestalsperrenverwaltung wurde mit Ertüchtigung der Deichanlagen zum öffentlichen Hochwasserschutz des WW Canitz begonnen sowie weitergehende Betrachtungen zu darüber hinausgehenden Objektschutzmaßnahmen dieses größten Leipziger Wasserwerkes durchgeführt.

Die Fortführung der Planungen für die aus drei Einzelprojekten bestehende Erweiterung des Klärwerkes (KW) Rosental bildete im Bereich der Kläranlagen einen wesentlichen Schwerpunkt im vergangenen Jahr.

Mit Abschluss der Vorplanung für die biologische Reinigungsstufe im Jahr 2016 konnte eine Vorzugsvariante ermittelt werden. Zielstellung war es vor allem, dem deutlich gestiegenen Anschlussgrad an das Klärwerk, bedingt durch die demografische Entwicklung der Stadt Leipzig, Rechnung zu tragen und parallel eine potenzielle Erweiterung bei weiterem Wachstum durch Flächenoptimierung zu gewährleisten.

Nach Abstimmung der notwendigen genehmigungsrechtlichen Schritte mit den zuständigen Ämtern und Behörden wurde mit Untersetzung durch entsprechende Fachgutachten begonnen, die im Jahr 2017 mit der Umweltverträglichkeitsprüfung beendet werden soll.

Ausgehend vom aktuellen Zeitplan wird mit einem Baubeginn im ersten Quartal 2020 und einer Fertigstellung des Teilprojektes Biologie im Jahr 2023 gerechnet.

Zur zwischenzeitlichen Sicherstellung der Abwasserbehandlung bis zur Inbetriebnahme der Erweiterung wurde mit der Optimierung der Sauerstoffversorgung der Biologie begonnen und im Belebungsbecken C die Belüftungselemente ersetzt und deren Gesamtanzahl vergrößert.

Im Jahr 2017 soll durch zusätzliche Verdichter die Belüftungskapazität für die Belebungsbecken A bis C erweitert werden.

Im Bereich der kleineren Kläranlagen (KA) wurden die KA Hayna und KA Merkwitz komplett durch eine neue Verfahrenstechnik aufgrund erhöhter Anforderungen an die Qualität des gereinigten Abwassers sowie des gestiegenen Anschlussgrades ersetzt.

Weitere Schwerpunkte lagen ebenso im Bereich der Ersatzmaßnahmen von Anlagenteilen bzw. Vorhaben zum Komplettersatz von Anlagen. Dies betraf folgende wesentliche Investitionen:

- KA Dölzig: Vorplanung zum Ersatz der biologischen Reinigungsstufe
- KA Zwochau: Planung zum Ersatz beziehungsweise zur Erweiterung der KA
- KA Markranstädt: Planung zur Errichtung einer maschinellen Überschussschlammwässerung

Investitionen Netze: Im Jahr 2016 investierten die Wasserwerke Mio. EUR 44,7 in das Trink- und Abwassernetz der Stadt Leipzig und der Kommunen des ZV WALL. Analog zu den Vorjahren war die Gewährleistung der Ver- und Entsorgungssicherheit auf hohem Niveau und mit konstanter Qualität der Maßstab des Handelns.

Die im Jahr 2016 getätigten Investitionen in das Trinkwassernetz (inklusive Trinkwasseranschlussleitungen und Erschließungen) im Wert von Mio. EUR 18,2 fanden vornehmlich im Bereich der Versorgungsleitungen statt. Auch im Abwasserbereich fokussierten sich die Investitionen verstärkt auf das Flächennetz in Leipzig und im Umland. Dabei sind jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, mit den zur Verfügung stehenden Investitionssummen über einen langen Zeitraum konstant und planmäßig in das Flächennetz zu investieren, um damit das beschlossene Kanalsanierungsprogramm zielgerichtet umzusetzen. In Summe wurden im Jahr 2016 Mio. EUR 26,5 inklusive der Hausanschlusskanäle und der Abwassererschließungen in das Kanalnetz investiert. Beispiele ausgewählter Trink- und Abwassermaßnahmen sind im Folgenden dargestellt:

• **Prager Straße – Trinkwasserleitung Hauptverteilungsleitung 3 Johannisplatz, Leipzig**

Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit für die wachsende Stadt wurde im vergangenen Geschäftsjahr ein weiterer Abschnitt der Hauptverteilungsleitungen saniert. Sie sind die Hauptadern der Wasserversorgung mit einer Gesamtlänge von 40 km. Im Bereich der Prager Straße erfolgte die Erneuerung der Trinkwasserhauptverteilungsleitung auf einer Länge von mehr als 300 m. Als neue Dimension für die Hauptverteilungsleitung 3 wurde DN 600 festgelegt. So konnte die Erneuerung in geschlossener Bauweise mittels Rohreinzug erfolgen und Kosten gespart werden. Die parallel verlaufende Trinkwasserleitung wurde auf einer Länge von 350 m in offener Bauweise ausgewechselt. Die Anbindungen an die Hauptverteilungsleitung 3 und die Knotenpunkte im Bereich Plato- und Stephanstraße wurden neu gestaltet.

Der Mischwasserkanal wurde parallel über das Aufwandsbudget händisch saniert.

Die Arbeiten der Wasserwerke im Jahr 2016 an der Hauptverteilungsleitung 3 begünstigen den zeitlichen Ablauf der mit der Stadt Leipzig und den Leipziger Verkehrsbetrieben (LVB) GmbH, Leipzig (Verkehrsbetriebe), für den 2017 gemeinsam geplanten Straßenbau zwischen Talstraße und Platostraße sowie die Gleisbaumaßnahmen zwischen den Haltestellen Johannisplatz und Gutenbergplatz.

• **Umverlegung Hauptverteilungsleitung 4 Richard-Lehmann-Straße/Bauernwiesen in Leipzig**

Inhalt dieses Projektes war die Erneuerung eines 414 m langen Abschnittes der Hauptverteilungsleitung 4 von der Richard-Lehmann-Straße bis zum Nennweitenwechsel DN 450/500 vor Querung der Wundtstraße. Auf diesem Leitungsabschnitt gab es bereits mehrere Rohrschäden, den letzten im Jahr 2014. Im Ergebnis der Variantenbetrachtung der Vorplanung konnte ein knapp 376 m langer Abschnitt mit dem Berstlining-Verfahren erneuert werden. Damit konnte der Eingriff in den Baumbestand minimiert werden. Der Bauabschnitt „Bauernwiesen“ liegt in einem Natur- und Vogelschutzgebiet und ist Teil des Leipziger Auenwaldes.

Im Zuge der planmäßigen Sanierung der Hauptverteilungsleitung 4 wurde festgestellt, dass der sich anschließende Leitungsabschnitt unter der Wundtstraße eine Stahlleitung unbekanntes Alters mit Betonummantelung war, vermutlich zum Schutz vor den Straßenverkehrslasten. Auch diese Altleitung konnte kurzfristig auf einer Länge von 38 m mittels Rohreinzug saniert werden.

- **Sanierung Mischwasserleitung Zwenkauer Straße/Krakauer Straße in Markranstädt**

Der über 100 Jahre alte Mischwasserkanal in der Zwenkauer Straße (B 186)/westlich Krakauer Straße wurde auf einer Länge von circa 660 m als Ersatzneubau in gleicher Trasse verlegt. Sämtliche Schächte und 78 Hausanschlüsse wurden mit ausgewechselt. Ziel des Vorhabens war es, im Abwasserbereich die volle Funktionsfähigkeit wiederherzustellen und durch die Nennweitenerhöhung gegenüber dem Altbestand den Entwässerungskomfort für die Stadt Markranstädt zu verbessern.

Das Vorhaben wurde in zwei Bauabschnitten 2015 und 2016 realisiert. Im zweiten Bauabschnitt wurde auch die parallel zur Mischwasserleitung liegende Trinkwasserleitung mit ausgewechselt.

- **Mischwasserauslass Richard-Lehmann-Straße (B2)**

Im Jahr 2016 startete das Projekt „Regenauslass Richard-Lehmann-Straße“ (Mischwasserentlastungsleitung in die Pleiße). Planmäßig soll es Ende 2017 beendet sein. Vorgesehen ist der Ersatzneubau des Regenauslasskanals Richard-Lehmann-Straße im Abschnitt zwischen der stadteinwärtigen Auffahrt Wundtstraße bis Düker Pleißemühlgraben. Der Kanal wird in neuer Trasse auf einer Länge von 335 m gebaut. Des Weiteren wird am Ende der Kanalbaustrecke vor dem Pleißemühlgrabendüker ein neues zentrales Entlastungsbauwerk mit Kulissentauwand und integrierter Pumpstation errichtet. Damit wird der neue Entlastungskanal als Stauraumkanal mit einem Volumen von 2.300 m³ ausgebildet. Dieses Stauvolumen wird bei Starkregen zurückgehalten und danach mittels Pumpstation über eine Abwasserdruckleitung wieder dem zweiten südlichen Hauptsammler und somit der KA Rosental zugeführt. Der Bau dieser Druckleitung von 550 m Länge ist ebenfalls Bestandteil dieses Vorhabens. Mit der Realisierung dieses für die Wasserwerke immens wichtigen Vorhabens wird zum einen eine Störung an einem der größten Kanäle Leipzigs beseitigt; zum anderen wird durch die Schaffung von zusätzlichem Stauvolumen ein weiterer Beitrag zur Reinhaltung des städtischen Gewässerknotens geleistet.

- **Renovierung des zweiten südlichen Hauptsammlers Clara-Zetkin-Park**

Der zweite südliche Hauptsammler zwischen Karl-Tauchnitz-Straße und Ferdinand-Lassalle-Straße ist auf einer Länge von mehr als 1.150 m im Sohlbereich stark geschädigt und muss dringend saniert werden. Der Mischwasserkanal ist circa 100 Jahre alt. Teilweise besteht ein Fehlen der Bettung, verbunden mit Ausspülungen. Im Jahr 2012 ereignete sich im Straßenbereich ein Kanaleinbruch des Hauptsammlers, welcher im Rahmen einer Störungsbeseitigung aufwendig und kostenintensiv instandgesetzt werden musste.

Nach einem Starkregenereignis am 22. Juli 2015 kam es im Bereich „Schachzentrum“ zu weiteren Schäden im Scheitel, welcher hier über eine Länge von 40 m stark gerissen ist. Dahinter liegend sind weitere 100 m im Scheitel infolge des großen Innendrucks gerissen. Durch diese Renovierung wird der Kanal hochwertig saniert und hält den inneren und äußeren statischen Belastungen langfristig stand. Damit wird die Entsorgungssicherheit dieses wichtigen Hauptsammlers wiederhergestellt; negative Auswirkungen auf das umgebende Landschaftsschutzgebiet werden durch das Sanierungsverfahren minimiert.

2.2.4 Beteiligungsbericht

Bau und Service Leipzig GmbH (Bau und Service)

Die Bau und Service ist, zusammen mit ihrer Tochter, der LSI GmbH, die größte Beteiligung der Wasserwerke. Sie koordiniert und realisiert für die Wasserwerke als Investitionsmanager Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie das gesamte Zählermanagement. Das im Jahr 2000 gegründete Unternehmen ist in der Region der zentrale Ansprechpartner für Dienstleistungen der Wasserver- und Abwasserentsorgung, konkret in den Bereichen Trink- und Abwassernetz, Service und Anlagentechnik, Straßenbau und Baustellensicherung sowie im Projektmanagement.

2016 steuerte die Bau und Service rund 606 Projekte der Wasserwerke mit einem Gesamtvolumen von rund Mio. EUR 42,2. Zu den insgesamt 126 Mitarbeitern zählen auch 25 Ingenieure, 16 Meister und Poliere sowie Facharbeiter verschiedener Fachrichtungen.

Wassergut Canitz GmbH (Wassergut)

Wichtigstes Ziel des Wasserguts ist der Schutz der Trinkwasserressourcen im Einzugsgebiet der Großwasserwerke Thallwitz, Naunhof und Canitz. Zu diesem Zweck bewirtschaftet das Tochterunternehmen insgesamt 730 Hektar Fläche unter der Prämisse des ökologischen Landbaus und unter Einhaltung der von den Wasserwerken vorgegebenen Schutzziele. Das Wassergut erzeugt pflanzliche und tierische Öko-Produkte – unter Verzicht auf chemisch-synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Seit der Umstellung auf ökologischen Landbau 1992 wurden die vereinbarten Grenzwerte für die Stickstoffbelastung des Bodens jährlich unterschritten. Die mit den Wasserwerken vereinbarten Wasserschutzziele hat das Wassergut auch 2016 wieder sehr gut erreicht. Die Stickstoffbilanz wurde mit einem Saldo von 23 kg N pro Hektar ermittelt. Das Wassergut leistet damit einen wesentlichen Beitrag für die nachhaltige Sicherung der Qualität der Ressource Grundwasser und somit der Trinkwasserversorgung von Leipzig und der Region.

Sportbäder Leipzig GmbH (SBL)

Gegenstand der SBL ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Dazu bewirtschaftet das Unternehmen vorrangig die im Stadtgebiet Leipzig liegenden acht Hallen- sowie fünf Freibäder und arbeitet kontinuierlich daran, das Sport- und Freizeitangebot zu erweitern.

Mit insgesamt 1.147.091 Badegästen (Vj.: 1.137.340) hatten die Bäder der SBL 2016 das vierte Mal in Folge mehr als 1,1 Mio. Besucher. Einen entsprechenden Beitrag dazu lieferten die hervorragenden Besucherzahlen der Hallenbäder. Hier wurden 981.510 Besucher (Vj.: 960.291) gezählt. Die guten Besucherzahlen in den Freibädern (165.581, Vj.: 177.049) runden das Ergebnis ab.

Schwerpunkte der Tätigkeiten der SBL waren neben der Sanierung der Schwimmhalle Nordost die Teilsanierung der Grünauer Welle und die Beendigung der Sanierungsarbeiten im Ökobad Lindenthal. Der komplett gereinigte und von abgestorbenen Pflanzen und Schlamm befreite Badeteich wurde neu bepflanzt und die komplett sanierte Binsenkkläranlage wieder in Betrieb genommen.

Die direkten Beteiligungen der Wasserwerke haben 2016 mit insgesamt Mio. EUR 2,2 zum sehr guten Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an die Gesellschafter beigetragen.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau (FEO)/mittelbar gehalten über GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale), und Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

Mit dem am 29. Januar 2016 zugestellten dinglichen Übertragungsbescheid des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) wurde eine Vermögenszuordnung der Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue Ostharz GmbH auf die danach vermeintlich berechtigten Zuordnungsempfänger dieser Geschäftsanteile vorgenommen. Berechtigte Zuordnungsempfänger sind insbesondere Städte und Gemeinden oder aber mit diesen verbundene Körperschaften. Voraussetzung für diese Zuordnung der Geschäftsanteile ist, dass der jeweilige Zuordnungsempfänger einen fristgerechten Antrag auf Zuordnung der Geschäftsanteile bis 31. Dezember 1994 gestellt hat.

Die Übertragung der Geschäftsanteile auf die Kommunen bzw. mit diesen verbundenen Körperschaften hat unmittelbare Auswirkungen auf die von den Wasserwerken derzeit gehaltenen Geschäftsanteile an der FEO. Eine endgültige und bestandskräftige Übertragung der Geschäftsanteile auf die Kommunen bzw. mit diesen verbundenen Körperschaften würde mit einem Verlust jener Geschäftsanteile bei den Wasserwerken einhergehen.

Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), als Rechtsnachfolger der Treuhandanstalt – der ursprünglichen Verkäuferin der Geschäftsanteile an der FEO – hat die Wasserwerke mit Schreiben vom 1. Februar 2016 aufgefordert, eine entsprechende Klage gegen den Übertragungsbescheid des BADV zu erheben. Die BvS sieht eine aus dem ursprünglichen Kaufvertrag resultierende Schadensminderungspflicht auf Seiten der Wasserwerke. Die Wasserwerke haben daher fristgerecht Klage eingereicht.

Mit Urteil vom 27. Januar 2017 hat das Verwaltungsgericht Berlin der Klage im Wesentlichen stattgegeben. Der durch die Klage angefochtene Bescheid wird aufgehoben, weil die im Bescheid verfügte dingliche Übertragung der Geschäftsanteile rechtlich nicht haltbar ist. Sollte das Urteil rechtskräftig werden, ist davon auszugehen, dass das BADV den Zuordnungsbescheid insoweit anpasst, als dass der dingliche Zuordnungsausspruch durch einen Verpflichtungsausspruch modifiziert wird.

2.2.5 Leistungsindikatoren

Als einer der wichtigsten finanziellen Leistungsindikatoren sind im Geschäftsjahr 2016 Umsatzerlöse von Mio. EUR 145,1 erwirtschaftet worden, die in Höhe von Mio. EUR 147,1 geplant waren. Durch die eingetretene Kostenüberdeckung im Geschäftsjahr sowie andere kalkulatorische Faktoren machte sich eine höhere Rückstellungsbildung für Umsatzrisiken für deren späteren Ausgleich erforderlich, die in der Prognose nicht zu erwarten war. Bleibt diese Rückstellungsbildung unberücksichtigt, übertraf der Umsatz aus der Kundenabrechnung aufgrund steigender Einwohnerzahlen und steigender Verbräuche pro Tag und Einwohner die Prognose von Mio. EUR 138,5 um Mio. EUR 4,8. Diese Verbräuche spiegeln sich in den Absätzen der Trinkwasserkunden wider. Gegenüber einer geplanten Trinkwassermenge von 29,5 Mio. m³ wurden 30,7 Mio. m³ abgesetzt.

Ein weiterer wichtiger finanzieller Leistungsindikator ist das Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung von Mio. EUR 24,0 im Jahr 2016. Das angestrebte Ergebnis von Mio. EUR 28,1 konnte durch die festgesetzte Umsatzsteuernachzahlung von Mio. EUR 5,3 nicht erreicht werden.

Eine positive Ergebniswirkung haben das gegenüber der Prognose verbesserte Zinsergebnis sowie die guten Ergebnisse der Tochterunternehmen.

Als ein weiterer wichtiger Indikator der Wasserwerke sind die Investitionen in Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von Mio. EUR 52,3 zu nennen. Der prognostizierte Wert von Mio. EUR 58,7 konnte aufgrund einer im KW Rosental erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfung nicht ganz erreicht werden.

Weitere wichtige Kennzahlen werden in der Anlage zu diesem Lagebericht gezeigt.

Folgende **nicht finanzielle Leistungsindikatoren** waren für die Geschäftstätigkeit der Wasserwerke im Jahr 2016 von Bedeutung:

Statistische Kennzahlen Wasserversorgung: 2016 wurden insgesamt circa 30,7 Mio. m³ Trinkwasser abgesetzt (Basis: Hochrechnung 12/2016). Davon entfielen circa 22,3 Mio. m³ auf Bevölkerung und Kleingewerbe, 4,5 Mio. m³ auf Industrie und Gewerbe sowie 3,9 Mio. m³ auf Sonstiges (u. a. Landwirtschaft und Weiterverteiler).

Das Rohrnetz wurde um rund 35 km auf 3.466 km erweitert. Der Zuwachs im Jahr 2016 resultiert im Wesentlichen aus circa 20 km Versorgungsleitung (Gesamtlänge 2016: 2.175 km) und 15 km Hausanschlussleitung (Gesamtlänge 2016: 1.060 km). In den Zubringer- und Fernleitungen (Gesamtlänge 2016: 231 km) gab es keinen Zuwachs.

Die 2016 im Versorgungsgebiet angefallenen 676 Rohrschäden liegen unter dem Vorjahreswert (752); sie sind damit in den letzten Jahren tendenziell rückläufig.

Von den Rohrschäden wurden 155 an Anschlussleitungen festgestellt, was einer Schadensrate von circa 1,9 Rohrschäden je 1.000 Hausanschlüsse entspricht. Damit liegt die Schadensrate mit fallender Tendenz seit einigen Jahren im niedrigen Bereich – laut Deutschem Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW) W 400-3.

Mit 514 Schäden an den Versorgungs- und Hauptleitungen liegt die spezifische Schadensrate hier mit 0,24 Schäden je km Versorgungsnetz und Jahr im mittleren Bereich (DVGW W 400-3). Die Wasserverluste haben sich seit einigen Jahren kontinuierlich verringert und lagen 2016 bei 11 % bezogen auf die Rohrnetzeinspeisung.

Beschwerdemanagement, Kundenzufriedenheit, Kundenbelange: Die Wasserwerke versorgen circa 677.000 Menschen in ihrem Geschäftsgebiet. Nach der Erhöhung des Beschwerdeaufkommens im Jahr 2015 (967 Beschwerden) liegt die Anzahl für 2016 mit 791 Beschwerden fast wieder auf dem Niveau von 2014 (755 Beschwerden). Die größte Gruppe der Beschwerdeführer bilden nach wie vor die Privatkunden. Schwerpunkt ist unverändert das Thema Service. Ab Oktober 2016 wurde der Beschwerdegrund – Zähler – eingeführt, um hier aussagefähiger zu sein. Neben dem Telefon gewinnen die E-Mails immer mehr an Bedeutung zur Kontaktaufnahme. Über beide Kanäle gingen 72 % der Beschwerden ein.

Ab 2017 wird mit dem digitalen Kundenportal eine weitere Möglichkeit für unsere Kunden zur Verfügung stehen, um mit den Wasserwerken zu kommunizieren bzw. einfach und bequem ausgewählte Daten abzufragen oder selbst zu ändern.

Die kontinuierlich durchgeführte Kundenbefragung zum Hausanschlussprozess zeigt insgesamt eine hohe Zufriedenheit der Kunden. Anlass zur Kritik und Hinweise gibt es dennoch, insbesondere zu den in unserem Auftrag arbeitenden Firmen. Die Kundenbefragung bleibt ein wichtiges Instrument zur ständigen Verbesserung unserer Prozesse.

Personal: Am 31. Dezember 2016 arbeiteten 569 Beschäftigte inklusive Auszubildende bei den Wasserwerken. Das sind vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Zuwachs resultiert planmäßig aus der Umsetzung des im Jahr 2015 fortgeschriebenen Personalkonzeptes des Unternehmens.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten ist 44,9 Jahre. Sie sind durchschnittlich 22 Jahre bei den Wasserwerken und ihren Vorgängerbetrieben beschäftigt. In die Ermittlung des Altersdurchschnitts sind 36 Auszubildende einbezogen, die in elf Berufen bei den Wasserwerken ausgebildet werden. 23 von ihnen (72 %) erlernen gewerbliche Berufe und 13 junge Menschen (28 %) werden in kaufmännischen Berufen zum Facharbeiterabschluss geführt. Sechs Auszubildende beendeten im Berichtsjahr ihre Ausbildung in fünf verschiedenen Berufen. Eine Auszubildende konnte sogar vorzeitig ihre Ausbildung mit guten Ergebnissen beenden. Von den sechs ausgelernten Auszubildenden konnten drei sofort auf Planstellen eingesetzt werden, den anderen wurde eine Jungfacharbeiterstelle nach Beschäftigungssicherungstarifvertrag angeboten. Danach ist auch hier ein Einsatz auf Planstellen vorgesehen.

Ein besonderes Augenmerk lag auch im Jahr 2016 auf der weiteren Arbeit am **Personalkonzept 2020**. Es ging dabei um die Fortschreibung, um die Schärfung der Datengrundlagen und um die Ableitung der damit verbundenen kurz- und mittelfristigen personellen Maßnahmen. Ein Ergebnis war, dass der Bedarf an Ausbildungsberufen präzisiert wurde. Die Nachfolgeplanung wurde mit den Bereichen besprochen und aktualisiert. Mit dem Personalkonzept 2020, Stand 2016, ist ein Instrument geschaffen, das die Führungskräfte und den Bereich Personal in die Lage versetzt, rechtzeitig den erforderlichen Personalbedarf mit den erforderlichen Kompetenzen bereitzustellen und damit auch den Wissenstransfer sicherzustellen.

Im Jahr 2016 wurden erneut zahlreiche Maßnahmen aus dem Personalkonzept umgesetzt. Zur Untersetzung wurde im Fachbereich Planung des Unternehmensbereiches Netze ein Konzept erarbeitet, welches die personellen Anforderungen aus der Erhöhung des Investitionsvolumens im Rahmen der Kanalsanierung sowie aus dem anstehenden Wasserkonzept berücksichtigt.

Im HR-Strategiecenter der Stadtholding wurde gemeinsam mit den Personalbereichen der Beteiligungsunternehmen die Personalstrategie bis 2018 entwickelt. Sie hat unter anderem das Ziel, die „Steigerung von Effizienz und Effektivität der Personalarbeit“ voranzutreiben. Zur Zielerreichung wurde Ende 2014 die Überprüfung der Personalprozesse durch ein umfassendes Projekt „Steigerung des HR-Wertbeitrages durch Einführung des 3-Rollen-Modells (**Projekt ‚HR 2017‘**)“ beschlossen. Die weitere Arbeit am Projekt „HR 2017“ hat auch im Jahr 2016 einen großen Raum eingenommen. Ein wesentlicher Meilenstein in der Projektarbeit war der Start der Umsetzungsprojekte zur Vorbereitung der Einführung in den Unternehmen.

Im Sommer 2016 haben die Wasserwerke ihre Mitarbeiter zum Unternehmen und zu den internen Abläufen befragt. Die Auswertung der **Mitarbeiter-Befragung 2016** zeigt eine nach wie vor hohe Bindung der Mitarbeiter an die Wasserwerke. An der Befragung beteiligten sich rund 57 % der Belegschaft – eine gute Beteiligung. Gemeinsam mit dem Institut IMAROS Marktforschung Leipzig, das die Studie für die Wasserwerke begleitete, wurden die Ergebnisse ausgewertet. Ein kritischer Blick auf bestimmte Themen, die dem Unternehmen neue Handlungsfelder aufzeigen, ist weiterhin vorhanden. Die Ergebnisse wurden veröffentlicht, breit diskutiert und Verbesserungsmaßnahmen abgeleitet.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Risikobericht

3.1.1 Risikomanagementsystem

Die Wasserwerke betreiben seit dem Jahr 2003 ein umfassendes, softwarebasiertes Risikomanagementsystem (RMS) zur frühzeitigen Identifikation, Analyse und Steuerung von Risiken. Das systematische Risikomanagement der Wasserwerke erfüllt die gesetzlichen Anforderungen. Über regelmäßige, jährliche Risikoinventuren werden der Gesamtumfang der beschriebenen Risiken sowie die Einschätzungen zu den Einzelrisiken planmäßig aktualisiert. Ein kontinuierliches Controlling gewährleistet die frühzeitige Erkennung neuer Risiken. Frühwarnindikatoren dienen dem schnellen Erkennen von Veränderungen bei Einzelrisiken und ermöglichen so ein schnelles Ergreifen von geeigneten Maßnahmen.

Das RMS wurde 2014 hinsichtlich Vollständigkeit sowie Trennschärfe und Definition systemrelevanter Parameter aktualisiert. Insbesondere der Aspekt „Compliance“ wurde dabei einer gründlichen Risikoanalyse unterzogen und im Rahmen der Risikoinventur als zusätzliche Kategorie innerhalb der neuen Beobachtungskategorien des RMS ausgeprägt. Ein besonderer Schwerpunkt lag im Jahr 2016 in der weiteren Harmonisierung des RMS mit den Prozessvorgaben der Stadtholding. Das Risikomanagementhandbuch wurde entsprechend aktualisiert. Die Kategorisierung sowohl des Risikoinventares als auch des Reportings erfolgt unverändert nach folgenden thematischen Merkmalen:

- finanzielle Risiken
- operativ-technische Risiken
- strategische Risiken
- politisch-regulatorische Risiken
- organisatorisch-prozessuale Risiken
- Compliance-Risiken.

Die regelmäßige Berichterstattung erfolgt stufenweise nach einem festgelegten Ablaufschema, beginnend bei den Berichtsverantwortlichen über die Bereichsrisikomanager und den Zentralen Risikomanager bis hin zu Geschäftsführung, Aufsichtsrat und den Gesellschaftern. Die Kriterien für die TOP-Risiken der einzelnen Instanzen sind im Risikomanagementhandbuch verbindlich festgelegt, ebenso wie der Prozess der Risikoinventur, von Ad-hoc-Meldungen und bedarfsweise unterjährigen Anpassungen. Darüber hinaus werden im Rahmen des Risikoausschusses, der auch als Auftaktveranstaltung zur jährlichen Risikoinventur fungiert, Stärken und Schwächen des RMS ausgewertet und es erfolgt eine Sensibilisierung für besondere, aus der aktuellen Situation des Unternehmens und der Unternehmens-

strategie ableitbare Schwerpunkte. In diesem Kontext wurden auch die Mitarbeiter bezüglich der Anpassungen des Vorjahres geschult. Bei den Wasserwerken ist das Risikomanagement eine bereichsübergreifende Aufgabe, wobei das Risikofrüherkennungssystem organisatorisch dem Bereich Unternehmenssteuerung/Organisation zugeordnet ist. Dessen Berichte werden regelmäßig durch die Geschäftsführung und die zweite Führungsebene ausgewertet.

Das RMS der Wasserwerke ist darauf ausgerichtet, bestandsgefährdende Risiken beziehungsweise die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft wesentlich beeinflussende Risiken frühzeitig zu erkennen und effektiv zu steuern.

Erkenntnisse aus den in der Vergangenheit abgeschlossenen CDO-/CDS-Geschäften und der Entwicklung der Cross-Border-Lease-Transaktionen (CBL) sind in vollem Umfang in das RMS eingeflossen. Dies erfolgt in der Form, dass die Risiken, deren Höhe, Veränderungen und Historie transparent im RMS abgebildet sind und gegenüber den Gremien regelmäßig berichtet werden.

3.1.2 Risiken aus Finanzgeschäften

Steuerung der Risiken aus Finanzgeschäften: Die Wasserwerke steuern die Risiken aus Finanzgeschäften über das RMS. Folgende Risiken werden betrachtet:

- Forderungsausfallrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Zinsrisiken/Zinsderivate
- sonstige Risiken (CDO-/CDS-Transaktionen, CBL).

Forderungsausfallrisiken werden durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt. Hierbei werden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die länger als ein Jahr fällig sind, zu 100 % wertberichtigt. Für alle übrigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird ein pauschaliertes Verfahren angewendet, wobei je nach Alter der Forderung ein prozentualer Abschlag, unter Berücksichtigung des Zahlungsverhaltens im Vorjahr, erfolgt.

Im Rahmen des Finanzmanagements wurde zur besseren Steuerung bereits 1999 ein Cash Pool eingerichtet, bestehend aus der Stadtholding sowie den Unternehmen Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Stadtwerke), Verkehrsbetriebe und Wasserwerke. Unter den Gesellschaften ist die Stadtholding als Betreibergesellschaft und Poolführer bestimmt. Das Management des Cash Pools ist über einen Rahmenvertrag der beteiligten Unternehmen geregelt. Im Rahmen des zwischen den Unternehmen der Stadtholding abgestimmten Risikoinventars im Bereich Finanzierung werden dabei unter anderem auch die Ausnutzung der Cash-Pool-Linien und die Bonitätsentwicklung der Stadtholding bei Creditreform betrachtet.

Zur Zinssicherung wurden bei den Wasserwerken Zinsderivate eingesetzt. Die Zinsderivate beziehen sich jeweils auf ein Grundgeschäft. Die Wasserwerke haben zum Stichtag insgesamt nur noch ein Zinsderivat im Bestand, welches mit dem zugrunde liegenden Bankdarlehen zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst wurde.

CDO-/CDS-Transaktionen: Zu den CDO-/CDS-Transaktionen aus den Jahren 2006 und 2007 erging am 4. November 2014 ein Urteil des High Court of Justice in London.

An dem Rechtsstreit beteiligt waren neben den Wasserwerken die UBS sowie die Depfa Bank plc und die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW).

Im Ergebnis dieses Urteils sind die Wasserwerke nicht dazu verpflichtet, Zahlungen aus den CDOs zu leisten. Auch die CDS sind rückabgewickelt. Die für die CDOs und CDS erhaltenen beziehungsweise bezahlten Prämien wurden entsprechend dem Urteil bereits im Jahr 2014 zu einem Großteil zurückgezahlt.

Einem Antrag der UBS auf Zulassung der Berufung gegen dieses Urteil hat der High Court of Justice nicht stattgegeben. Die UBS hat beim Berufungsgericht die Zulassung der Berufung beantragt, welche Anfang Februar 2015 zurückgewiesen wurde. Die UBS hat daraufhin einen weiteren Antrag gestellt, über die Zulassung der Berufung mündlich zu verhandeln. Diesem Antrag gab der Court of Appeal statt und bestimmte die Anhörung über die Zulassung der Berufung der UBS auf den 7. Oktober 2015. Tatsächlich verhandelt wurde dann am 16. Oktober 2015 mit dem Ergebnis, dass der Court of Appeal die Berufung der UBS zuließ. Die Wasserwerke hatten am 13. November 2015 die Zurückweisung der Berufung beantragt und gegen die für sie nachteiligen Feststellungen des erstinstanzlichen Urteils ebenfalls Berufung eingelegt. Auch die Depfa Bank plc und die LBBW haben beim Court of Appeal die Zurückweisung der Berufung der UBS beantragt. Seither sind weitere Schriftsätze gewechselt worden. Der Court of Appeal hat die mündliche Verhandlung im Mai 2017 anberaumt. Sie wird sich nach derzeitigem Kenntnisstand über einen Zeitraum von zwei Wochen erstrecken. Eine Beweisaufnahme findet nicht statt. Ähnlich wie beim deutschen Revisionsverfahren handelt es sich bei der Berufung in England um eine reine Rechtsinstanz. Wann das Gericht eine Entscheidung in der Sache selbst trifft, ist derzeit noch offen.

Bereits in der Folge des Urteils des High Court of Justice hatten sich die Wasserwerke und die LBBW darauf verständigt, die vor dem Landgericht Leipzig und dem Oberlandesgericht Dresden anhängigen Prozesse bis zu einer Entscheidung des englischen Berufungsgerichts ruhen zu lassen. Die von der Stadtholding aufgrund des Urteils des Landgerichtes Leipzig am 22. Oktober 2013 mit den Wasserwerken getroffene Freistellungsvereinbarung besteht weiterhin.

Das positive Urteil des High Court of Justice bestärkt die Geschäftsführung weiterhin in der Rechtsauffassung, dass die Wasserwerke keine Haftung aus den CDO-Geschäften trifft. Unsere Zuversicht wird auch nicht dadurch erschüttert, dass der Court of Appeal die Berufung der UBS zugelassen hat und über die Berufung im Mai 2017 mündlich verhandeln wird.

Finanzrisiken aus beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten: Nach § 9 Abs. 1 GBBerG in Verbindung mit § 1 Sachen R-DV sind kraft Gesetzes zugunsten der Gesellschaft beschränkt persönliche Dienstbarkeiten für öffentliche Ver- und Entsorgungsleitungen entstanden. Voraussetzung hierfür war, dass diese Leitungen bereits am 3. Oktober 1990 vorhanden waren und betrieben wurden. Als Gegenleistung für die dingliche Belastung der Grundstücke und die damit einhergehende Wertminderung steht den Grundstückseigentümern (Stichtag: 11. Januar 1995) eine Entschädigung zu, die sich nach den Wertverhältnissen des Grundstückes, bezogen auf das Jahr 1995, bemisst. Erforderlich für die Auszahlung der Entschädigung ist ein entsprechender Antrag des Grundstückseigentümers. Insgesamt wurde der Wert dieser Entschädigungsbeträge mit circa Mio. EUR 23,1 eingeschätzt. Eine Auszahlung ist bislang in Höhe von Mio. EUR 21,4 erfolgt. Für die noch zu erwartenden fällig werdenden Zahlungsverpflichtungen besteht eine entsprechende Rückstellung.

Risiken aus CBL-Verträgen: Im Hinblick auf die abgeschlossenen Cross-Border-Lease-Klärwerke-Transaktionen wird ein systematisches Vertragscontrolling durchgeführt. Um jederzeit eine Abschätzung von möglichen Risiken vornehmen zu können, sind neben internen Überwachungen ein spezialisierter externer Berater mit der finanzwirtschaftlichen Vertragsüberwachung sowie eine Rechtsanwaltskanzlei mit der rechtlichen Beratung beauftragt. Zur Risikosteuerung und -minimierung finden regelmäßige Reportings statt. Darüber hinaus wird die Einhaltung einzelner Vertragsinhalte im Rahmen von Einzelfallprüfungen sichergestellt.

Für die Fremdmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten bestehen Zahlungsinstrumente eines Finanzinstituts mit Investment-Grade-Rating gemäß Standard & Poor's und Moody's. Das Zahlungsprofil des Zahlungsinstruments ist auf die den Wasserwerken geschuldeten Fremdmittelanteile der Leasingraten abgestimmt.

Für die Eigenmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten besteht ein Zahlungsinstrument einer Zweckgesellschaft, die ihre Zahlungsverpflichtungen den Wasserwerken gegenüber bis Ende September 2016 durch ein Zahlungsinstrument eines Finanzinstituts mit Investment-Grade-Rating, das durch US-Staatsanleihen zusätzlich gesichert war, refinanziert hatte. Mit der am 28. September 2016 erfolgten Refinanzierung konnte das Zahlungsinstrument des Finanzinstituts gegen ein fristen- und betragskonformes Portfolio aus US-Staatsanleihen ausgetauscht werden, das heißt, seit diesem Zeitpunkt ist das Zahlungsinstrument der Zweckgesellschaft direkt durch

ein zu den von den Wasserwerken geschuldeten Eigenmittelanteilen der Leasingraten fristen- und betragskonformes Portfolio aus US-Staatsanleihen hinterlegt. Das Portfolio aus US-Staatsanleihen ist zudem zugunsten des Investors verpfändet. Für das Portfolio aus US-Staatsanleihen gibt es keine vertraglich vorgegebenen Ratinganforderungen, das heißt, die bis zum 28. September 2016 diesbezüglich relevanten Ratingtrigger sind aufgehoben.

Bei einer vorzeitigen, von den Wasserwerken zu verantwortenden Vertragsauflösung kann sich ein Eventualrisiko aus der Differenz zwischen den für diesen Fall vertraglich vereinbarten (Eigenmittel-)Kündigungswerten und dem Marktwert des Eigenmittel-Zahlungsinstrumentes, der dem Marktwert des Portfolios aus US-Staatsanleihen entspricht, ergeben. Zum Jahresende 2016 lag dieser Differenzbetrag bei circa Mio. USD 44,0. Für diesen Differenzbetrag sind zusätzliche Sicherheiten zugunsten des Investors in Form von Bankavale bei einer deutschen Landesbank bestellt. Für die Bankavale bestehen vertraglich vereinbarte Mindestratings. Da die Bankavale vor Juli 2001 begeben wurden, unterliegen diese der zeitlich uneingeschränkten Gewährträgerhaftung der damaligen Gewährträger.

Risiken aus der operativen Geschäftstätigkeit: In den technischen Bereichen betreiben die Wasserwerke eine Vielzahl von wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie ein Rohr- und ein Kanalnetz mit einer Gesamtlänge von 6.343 km. Daher sind die Wasserwerke technischen Risiken, wie zum Beispiel Störungen oder Ausfällen von Betriebsanlagen, ausgesetzt. Zum Management dieser Risiken betreibt die Gesellschaft ein zertifiziertes Technisches Sicherheitsmanagement. 2014 erhielt die Gesellschaft zum dritten Mal nach den Jahren 2004 und 2009 das durch den DVGW und die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft Abwasser und Abfall e. V. (DWA) ausgereichte Zertifikat. Es bestätigt dem Unternehmen die Einhaltung von gesetzlichen und technischen Anforderungen im technischen Bereich.

Aufgrund der Beobachtungen des Asset Managements sowie der Ergebnisse von zustandsorientierten Betrachtungen zum Kanalsanierungsbedarf wurden die steigenden Finanzbedarfe in der Langfrist- und Mittelfristplanung abgebildet. Zusätzlich werden die Aufwendungen für zustandserhaltende Reparaturen sukzessive weiter entsprechend dem identifizierten Bedarf und den formulierten Zielen in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Ein geeignetes kennzahlenbasiertes Programmcontrolling unterstützt die Verfolgung der Zielerreichung. Insgesamt ermöglicht das Kanalsanierungsprogramm so ein transparentes Management des Zustandsrisikos des Kanalnetzes.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des erhöhten Mitteleinsatzes und auch der weiter steigenden Ressourcenbindung auf die mittel- und langfristigen Unternehmenskennzahlen werden fortlaufend mittels des Planungs- und Simulationstools analysiert, mit den Erkenntnissen des Asset Managements abgeglichen und in einer Langfristplanung mit 20-jährigem Planungshorizont abgebildet. Die Ergebnisse bilden die Rahmenbedingungen der zukünftigen Wirtschaftspläne.

Steigende Einwohnerzahlen und auch der Fortschritt von Sanierungsprogrammen im Misch- und Niederschlagswassersystem, wie zum Beispiel bei Mischwassereinleitstellen, führen zu weiter steigenden Mengen und Frachten im KW Rosental. Spielräume zur Leistungssteigerung der bestehenden Anlage sind heute bis auf wenige Optionen zur verfahrenstechnischen und anlagentechnischen Optimierung ausgeschöpft. Die Planung zur baulichen Erweiterung des Klärwerkes wird mit der entsprechenden Priorität vorangetrieben. Die grundlegenden fachlichen Konzeptionen sind erarbeitet. Von zentraler Bedeutung ist nun die Einhaltung des Sach- und Zeitzieles für die Genehmigungsplanung, was vor dem Hintergrund steigender ordnungs- und umweltpolitischer Anforderungen, wie zum Beispiel aus der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, eine besondere Herausforderung darstellt. Die entsprechenden Gutachten befinden sich aktuell in der Erarbeitung, begleitet von einem kontinuierlichen Austausch mit den beteiligten Behörden.

Als Grundlage für die zukunftssichere Weiterentwicklung des Wasserversorgungssystems für die Stadt Leipzig und die Region des ZV WALL wurde im Jahr 2016 nach mehrjähriger intensiver Befassung die Arbeit am Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung 2030 abgeschlossen. Dabei wurden die Strukturelemente der Trinkwasserproduktion, des Trinkwasserbezuges und der äußeren Verteilung unter den Gesichtspunkten Anlagenstruktur, Zustand, Wirtschaftlichkeit und Bedarfsentwicklung hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit bewertet. Auf dieser Grundlage wurden eine optimale Zielstruktur und ein geeigneter Entwicklungspfad mit zeitlicher Einordnung der investiven Anpassungser-

fordernisse erarbeitet. Das Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung 2030 ist stringent ausgerichtet an dem Ziel der Weiterentwicklung einer sicheren, nachhaltigen, wirtschaftlichen und demografiefesten Versorgungsstruktur. Damit sind für die kommenden 20 Jahre klare Leitplanken für die Investitionen in Erzeugung und äußere Wasserverteilung vorgegeben.

Im gerichtlichen Mahnwesen konnten die Forderungsausfallzeiten durch Reduzierung einer Mahnstufe weiter verkürzt werden, ohne dass durch diese Effizienzmaßnahme gleichzeitig die Anzahl der Mahnbescheide insgesamt gestiegen wäre. In den Fällen, in denen die Androhung der Versorgungseinstellung erfolgte, ist eine Erfolgsquote von circa 70 % zu verzeichnen. Die Gesamtmenge der offenen Forderungen wird im Verhältnis zum Umsatz als „gering“ eingeordnet.

Das im Jahr 2015 eingeführte betriebliche Kennzahlensystem wurde 2016 funktional erweitert und wird inzwischen routinemäßig zur Erfassung und Auswertung betrieblicher Kennzahlen angewendet. Dies dient der Unterstützung der kennzahlenbasierten Verfolgung betrieblicher Prozesse und Projekterfolge. Die regelmäßigen Auswertungen von Monats- und Quartalsberichten liefern einen deutlichen Beitrag zur internen Prozesstransparenz und stärken so die Steuerungsfähigkeit der Wasserwerke. Die Ergebnisse der Auswertungen des Kennzahlensystems werden regelmäßig verschnitten mit den Ergebnissen aus den durchgeführten Benchmarkingprojekten. Das integrierte Kennzahlenmanagement stärkt somit die Reaktionsfähigkeit gegenüber potenziell risikobehafteten Entwicklungen.

Sonstige Risiken: Zur Absicherung sonstiger Schadensfälle und Haftungsrisiken hat die Gesellschaft Versicherungen in angemessener Höhe abgeschlossen.

Gesamtrisiko: Die Wasserwerke sind sowohl durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtholding als auch durch die mit Zustimmung der Ratsversammlung und durch die Europäische Wettbewerbskommission sowie die Landesdirektion Leipzig genehmigte Kapitalausstattungsvereinbarung zwischen der Stadt Leipzig und der Stadtholding für den Fall eines Unterliegens der Wasserwerke in London oder in Leipzig/Dresden abgesichert. Vor diesem Hintergrund gehen die Wasserwerke trotz des theoretisch noch bestehenden Gesamtrisikos davon aus, dass die CDO-/CDS-Geschäfte den Fortbestand der Gesellschaft nicht gefährden können.

3.2 Chancenbericht

Auf Basis der gültigen Bevölkerungsprognose der Stadt Leipzig vom 20. April 2016, gestützt durch die reale Entwicklung in den Jahren 2015 und 2016, kann in der Gesamtbetrachtung des Versorgungsgebietes der Wasserwerke mittelfristig weiterhin von einer positiven demografischen Entwicklung ausgegangen werden. Berücksichtigung findet dabei auch die stabile Bevölkerungsentwicklung im Bereich des ZV WALL. Für die Wasserwerke ist damit ein Potenzial zur Steigerung des Trinkwasserabsatzes von durchschnittlich bis zu 200 Tm³ jährlich bis zum Jahr 2025 verbunden. Die Gültigkeit dieses Ansatzes wird regelmäßig mit der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung abgeglichen. So betrug die Steigerung des Trinkwasserabsatzes auf Basis der verkauften Mengen 2016 im Vergleich zum Vorjahr 1.004 Tm³.

Unter Maßgabe einer konservativ-verstetigten Planung wurden die Ansätze für den Bevölkerungsanstieg und die Mengenentwicklung in der Planung bereits nach oben korrigiert. Die tatsächliche Mengenentwicklung lässt jedoch darauf schließen, dass bei gleichbleibend hohen Zuwächsen in den Folgejahren weiterhin die Chance auf Realisierung von über Plan liegenden Umsätzen und Erlösen im Kerngeschäft besteht. Anpassungen im Rahmen der Mittelfristplanung erfolgen auf Basis der Veröffentlichungen des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig.

Steigende Absatzmengen wirken sich zudem positiv auf die Auslastung der technischen Anlagen der Wasserwerke aus, mit entsprechend positiven Effekten auf die Effizienz im Anlagenbetrieb und auf die zukünftige Entwicklung der Trink- und Abwasserpreise. Daraus resultieren entsprechende wirtschaftliche Chancen für das Unternehmen.

Für die erforderliche Anpassung einzelner Anlagenkomponenten aufgrund der Bevölkerungsentwicklung, wie zum Beispiel die Anpassung der Kapazität des KW Rosental an steigende Abwasserfrachten, hat das Unternehmen entsprechende Konzepte und Strategien vorbereitet, auf deren Grundlage die Umsetzungsplanung vorangetrieben wird.

Für die Erweiterung des KW Rosental läuft gegenwärtig die Genehmigungsplanung zur Erweiterung der mechanischen und der biologischen Reinigungsstufe, die Ausführungsplanung befindet sich in der Vorbereitung.

Zur weiteren kontinuierlichen Steigerung unserer Prozesseffizienz wurden in dem zwischenzeitlich abgeschlossenen konzernweiten Projekt „Service 2017“ Spielräume zur verstärkten Zusammenarbeit in Unterstützungsprozessen untersucht. Für die Bereiche Personal und IT wurde eine Zielprozessstruktur herausgearbeitet, die im Jahr 2017 umgesetzt werden soll. Diese bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung der internen Serviceprozesse.

Das Strategie- und Performanceprogramm zur Verankerung der übergeordneten Unternehmensziele in der Strategie der Wasserwerke wurde auch im Jahr 2016 dynamisch weiterentwickelt und die Bearbeitung der Projekte vorangetrieben. Bis Ende 2016 wurden 56 Projekte und Maßnahmen als wesentliche strategische Handlungsfelder der Wasserwerke identifiziert. Für 41 Themen sind die Zielausrichtung und zeitliche Einordnung präzise beschrieben. Über die aktive Steuerung und Priorisierung der Arbeit an den strategischen Projekten wird die Konformität zwischen den Gesellschaftszielen und der Ausrichtung des operativen Geschäftes fortlaufend sichergestellt und die Unternehmensentwicklung konsequent in Richtung der Gesellschafterziele vorangetrieben. Das Strategie- und Performanceprogramm fokussiert zudem maßgeblich auf das Controlling der im Rahmen des Kanalsanierungsprogrammes beschlossenen Ziele und Arbeitsschwerpunkte. Es trägt so wesentlich dazu bei, die zielkonforme Mittelverwendung über einen robusten Gesamtprozess abzusichern und so den Zustand der Entsorgungsinfrastruktur nachhaltig zu verbessern.

Von hervorgehobener Bedeutung im Rahmen der Konzeptarbeit ist das im Berichtsjahr fertiggestellte Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung 2030 für Leipzig und die Region. Darin sind nun die Leitplanken für eine zukunftssichere und wirtschaftliche Ausrichtung der äußeren Trinkwasserversorgungsinfrastruktur definiert. Mittelfristig ergeben sich daraus Chancen hinsichtlich einer effizienten und zielkonformen Entwicklung der Investitionsplanung und Anlagenbewirtschaftung mit weiteren positiven Effekten für Energieeffizienz und Versorgungssicherheit.

Besonderes Augenmerk lag im Jahr 2016 auf Digitalisierungsthemen. Auch dieser Themenkomplex ist direkt oder mittelbar fest im Strategie- und Performanceprogramm verankert. 19 Projekte befassen sich mit den Chancen, die sich durch die Digitalisierung kerngeschäftsnaher Prozesse bieten. Ein Hauptprojekt in diesem Prozess war die Einführung des digitalen Kundenportals.

Auf Grundlage der positiven Erfahrungen und Ergebnisse in den zurückliegenden Jahren wird für die Wasserwerke insgesamt die Chance gesehen, dass durch die verstärkte Zusammenarbeit in der Stadtholding über die Zielgrößen hinaus mittel- bis langfristig weitere positive Effekte in Bezug auf die allgemeine Performance im Kerngeschäft und die Qualität der Unterstützungsprozesse erreicht werden können. So haben die Wasserwerke dieses Jahr gemeinsam mit den Stadtwerken zwei Fotovoltaikprojekte an Kläranlagenstandorten realisiert. Ein weiteres gemeinsames Projekt befindet sich in der Realisierungsphase und wird im Jahr 2017 abgeschlossen.

Im Hinblick auf die kontinuierliche Verbesserung der Energieeffizienz wurde mit der ersten Gruppensertifizierung des Energiemanagementsystems der Wasserwerke und ihrer Beteiligungsunternehmen nach DIN EN ISO 50001 ein Meilenstein erreicht und das hohe systemische Niveau nun auch für die gesamte Unternehmensgruppe bestätigt.

3.3 Prognosebericht

Die Wasserwerke sehen der Berufung der UBS gegen das Urteil des High Court of Justice vom 4. November 2014 weiterhin gelassen entgegen und gehen derzeit, abgesehen von den Aufwendungen für Rechtsberatung, Gutachten und Prozesskosten, für die vorsorglich eine Rückstellung gebildet ist, nicht von einer höheren – über die bereits entsprechend dem Urteil geleisteten Rückzahlungen – hinausgehenden Belastung aus.

Bezogen auf die Tätigkeit im Kerngeschäft stellen sich die Wasserwerke weiterhin auf sich ändernde Rahmenbedingungen ein. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung des Trinkwasserabsatzes aufgrund der weiterhin steigenden Bevölkerungszahl und eines erneut leicht steigenden Durchschnittsverbrauchs von 91,7 Litern pro Tag und Einwoh-

ner auf 91,9 Liter pro Tag und Einwohner. Diese Entwicklung wirkt sich im gleichen Maße auf die zu entsorgenden Schmutzwassermengen aus. Erschließung und Lückenbebauung führen zu weiterer Verdichtung und einem Anstieg der Mengen des zu entsorgenden Niederschlagswassers. Die Wasserwerke setzen sich intensiv und kontinuierlich mit diesem Thema auseinander und bereiten sich auf die Entwicklung der Abnahmemengen vor. Im Kontext der ergriffenen Maßnahmen zur Effizienzoptimierung, Synergiehebung und unterstützt durch die Zielkonkretisierung der strategischen Projekte sowie das Controlling des Strategie- und Performanceprogrammes wird sich die prognostizierte Geschäftsentwicklung weiter positiv auf die Ertragslage auswirken.

Wichtige strategische Handlungsfelder, wie beispielsweise die Umsetzung und weitere inhaltliche Ausgestaltung des Programmes zur nachhaltigen Kanalsanierung, das kapazitätsbasierte Ausbaukonzept für das KW Rosental oder auch das im November 2016 erfolgreich nach DIN EN ISO 50001 per Gruppensertifizierung für die Wasserwerke und die Beteiligungsunternehmen bestätigte Energieeffizienzprogramm, werden im Jahr 2017 zielgerichtet weitergeführt. Das ebenfalls im November 2016 per Gesellschafterbeschluss bestätigte Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung 2030 für Leipzig und die Region schafft zusätzlich Klarheit hinsichtlich der Einordnung der Investitionsbedarfe in die Mittel- und Langfristplanung. Im Hinblick auf die im Jahr 2017 gemeinsam mit der Stadt Leipzig geplante Konzeptbetrachtung zur Trinkwassernotversorgung sind somit auch klare Randbedingungen gegeben. Eine effiziente und zielorientierte Konzeptbearbeitung ist so gewährleistet. Ein weiteres, in einer gemeinsamen Projektstruktur mit den Ämtern der Stadt Leipzig zu bearbeitendes Handlungsfeld stellt das Thema „Risikomanagement Starkregen“ dar.

Von besonderer Relevanz sind für das Jahr 2017 auch die Themen IT-Sicherheit und Digitalisierung. Mit der im Jahr 2016 begonnenen Implementierung eines Informationssicherheitsmanagementsystems werden einheitliche organisatorische und technische Mindeststandards im Unternehmen etabliert und damit auch die Anforderungen des IT-Sicherheitsgesetzes für Betreiber kritischer Infrastrukturen umgesetzt. Darüber hinaus stellt ein funktionierendes Informationssicherheitsmanagement die zentrale Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche und eng am Kerngeschäft sowie am Kundennutzen ausgerichtete weitere Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen dar. Im Strategie- und Performanceprogramm der Wasserwerke sind dazu aktuell 21 Themen mit Digitalisierungsbezug verankert.

Neben diesen Themen steht die programmatische Abarbeitung der Sanierungsbedarfe des bestehenden Anlagevermögens im Fokus unseres Tagesgeschäftes. Die Gesellschaft geht davon aus, den Zustand des Trink- und Abwassernetzes mittelfristig weiter zu verbessern. Für 2017 wird im Trinkwassernetz mit einer im Vergleich zu 2016 weiterhin leicht rückläufigen spezifischen Schadensquote und mit einer tendenziell sinkenden Wasserverlustrate gerechnet. Für das Kanalnetz wird mit der Implementierung des umfassenden Kanalsanierungsprogrammes mittelfristig von einer spürbaren und nachhaltigen Zustandsverbesserung ausgegangen. Die Verringerung des Anteiles der kurz- bis mittelfristigen Sanierungsbedarfe stellt unter Berücksichtigung weiterer Zieldimensionen wie Kosteneffizienz und hydraulischer Belange eines der Hauptziele des Kanalsanierungsprogrammes dar.

Insgesamt werden die beschriebenen Themengebiete sowohl den Betrieb der Anlagen als auch das Investitionsprogramm zusätzlich positiv beeinflussen.

Für das Jahr 2017 plant die Gesellschaft auf dieser Grundlage mit im Vergleich zu 2016 um circa 5,1 % ansteigenden Umsatzerlösen von Mio. EUR 152,5 und mit einem – aufgrund von Sondereffekten gegenüber dem Vorjahr – deutlich erhöhten Ergebnis von rund Mio. EUR 43,8 nach Steueraufwand und vor Ergebnisabführung und Ausgleichszahlungen an ihre Gesellschafter. Bereinigt um Sondereffekte stellt sich kurz- und mittelfristig ein kontinuierlich leicht steigendes Ergebnisniveau um Mio. EUR 30,0 ein.

Bezogen auf den Trinkwasserabsatz wird gegenüber dem Istwert 2016 eine Steigerung um 0,3 Mio. m³ und damit 1,0 % erwartet. Der Investitionsplan sieht für 2017 ein Volumen von Mio. EUR 70,6 vor, davon werden Mio. EUR 58,4 durch die Wasserwerke finanziert. Für den Finanzanteil bedeutet dies gegenüber dem Jahr 2016 eine Steigerung um Mio. EUR 17,2. Gegenüber dem Durchschnitt der letzten vier Jahre bedeutet das in Bezug auf den Gesamtwertumfang eine Steigerung um rund 57 % zur Realisierung der identifizierten Investitionsbedarfe, vorwiegend in den Netzbereichen, wobei der durch die Wasserwerke zu finanzierende Anteil sogar überproportional steigt. Für die Folgejahre ist weiterhin ein leicht ansteigendes Niveau der durch die Wasserwerke zu finanzierenden Investitionen geplant.

4 Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 trat das **Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst** in Kraft. Unternehmen, die dem Drittbeteiligungsgesetz unterliegen, müssen durch die Gesellschafterversammlung bestimmte Ziele (einschließlich eines Datums zur Zielüberprüfung) für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und unter den Geschäftsführern festlegen lassen.

Die Gesellschafterversammlung der Wasserwerke hat auf Empfehlung des Aufsichtsrates daraufhin gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 GmbHG für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates eine Zielgröße von 19 % bis zum 31. Dezember 2016 beschlossen.

Die Frauenquote im Aufsichtsrat zum 31. Dezember 2016 liegt bei 19 %. Die derzeitige Besetzung steht damit im Einklang mit den festgesetzten Zielen.

Die Gesellschafterversammlung der Wasserwerke hat auf Empfehlung des Aufsichtsrates gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 GmbHG für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates eine neue Zielgröße von 30 % beschlossen, die bis zum 31. Dezember 2021 erreicht werden soll.

Herr Michael Theis und Herr Dr. Ulrich Meyer sind Geschäftsführer der Wasserwerke. Die Gesellschafterversammlung der Wasserwerke hat auf Empfehlung des Aufsichtsrates daraufhin gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 GmbHG beschlossen, an der bestehenden Frauenquote unter den Geschäftsführern festzuhalten. Die derzeitige Besetzung steht damit im Einklang mit den festgesetzten Zielen.

Bei der Besetzung von Geschäftsführerpositionen in der Leipziger Gruppe sollen im Rahmen der Sozialverträglichkeit und bei vergleichbarer Qualifikation Frauen bevorzugt Berücksichtigung finden.

Die Gesellschafterversammlung der Wasserwerke hat auf Empfehlung des Aufsichtsrates gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 GmbHG beschlossen, bis zum 31. Dezember 2021 mindestens an der bestehenden Frauenquote festzuhalten.

Darüber hinaus beschloss die Geschäftsführung gemäß § 36 GmbHG, bis zum 31. Dezember 2016 einen Frauenanteil in der oberen Managementebene der Wasserwerke in Höhe von 30 % sowie in der mittleren Managementebene in Höhe von 30 % zu erreichen.

Die Frauenquote auf der oberen Managementebene zum 31. Dezember 2016 liegt bei 40 %. Die derzeitige Besetzung steht damit im Einklang mit den festgesetzten Zielen.

Die Frauenquote auf der mittleren Managementebene zum 31. Dezember 2016 liegt bei 34 %. Die derzeitige Besetzung steht damit im Einklang mit den festgesetzten Zielen.

Die neue durch die Geschäftsführung gem. § 36 GmbHG beschlossene Zielgröße zur Frauenquote auf der oberen Managementebene beträgt mindestens 30 %, die neue Zielgröße auf der mittleren Managementebene beträgt mindestens 30 % und soll jeweils bis zum 31. Dezember 2021 erreicht werden.

Leipzig, den 16. März 2017

Geschäftsführung



Michael M. Theis



Dr. Ulrich Meyer

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

Aktiva	in TEUR	
	31.12.2016	31.12.2015
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Softwarelizenzen und ähnliche Rechte	2.151	2.275
2. Grunddienstbarkeiten	1.069	967
	3.220	3.242
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	60.714	63.012
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	2.592	2.639
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	5.880	5.878
4. Trinkwassergewinnungs- und Abwasserreinigungsanlagen	56.096	58.383
5. Wasserverteilungs- und Abwassersammlungsanlagen	756.015	743.668
6. Maschinen und maschinelle Anlagen	1.352	1.302
7. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.189	3.608
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	32.621	29.226
	918.459	907.716
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.681	2.681
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	436	0
3. Beteiligungen	0	0
	3.117	2.681
	924.796	913.639
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	374	382
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	81.070	63.913
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.593	2.530
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3	2
4. Forderungen gegen Gesellschafter	15.460	14.269
5. Sonstige Vermögensgegenstände	924	1.860
	100.050	82.574
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	21	13
	100.445	82.969
C. Rechnungsabgrenzungsposten	386	437
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	515	580
	1.026.142	997.625

Passiva

in TEUR

	31.12.2016	31.12.2015
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	10.100	10.100
II. Kapitalrücklage	262.380	262.350
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	12.937	12.937
IV. Jahresüberschuss	0	0
	285.417	285.387
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse und Fördermittel		
1. Fördermittel der Kommunen, unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens sowie unter Beteiligung Dritter errichtete Anlagen	281.316	287.095
2. Verrechenbare Abwasserabgabe	44.299	47.079
	325.615	334.174
C. Empfangene Ertragszuschüsse	77.182	75.873
D. Empfangene Ertragszuschüsse für Wiederbeschaffungszeitwerte	4.096	0
E. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.859	1.928
2. Steuerrückstellungen	10	10
3. Sonstige Rückstellungen	57.933	65.887
	59.802	67.825
F. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.614	37.920
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	42.579	27.203
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.743	11.298
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.852	5.702
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	163	168
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	162.112	128.634
7. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: TEUR 2.131 (Vj.: TEUR 2.362) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 58 (Vj.: TEUR 10)	19.700	19.770
	270.763	230.695
G. Rechnungsabgrenzungsposten	3.267	3.671
	1.026.142	997.625

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

in TEUR

	2016	2015
1. Umsatzerlöse	145.087	139.998
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	363	275
3. Sonstige betriebliche Erträge	22.502	29.835
	167.952	170.108
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	13.408	12.678
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	27.615	25.717
	41.023	38.395
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	25.147	23.872
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: TEUR 299 (Vj.: TEUR 297)	5.037	4.743
	30.184	28.615
6. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	41.252	41.696
b) auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG	65	142
	41.317	41.838
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	29.743	28.097
	142.267	136.945
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	2.190	2.190
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 4 (Vj.: TEUR 9)	1.301	798
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: TEUR 2.739 (Vj.: TEUR 2.470)	4.658	5.215
	-1.167	-2.227
11. Ergebnis vor Steuern	24.518	30.936
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	305	94
13. Ergebnis nach Steuern	24.213	30.842
14. Sonstige Steuern	209	230
15. Ausgleichszahlungen an den Minderheitsgesellschafter	507	507
16. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	23.497	30.105
	-24.004	-30.612
17. Jahresüberschuss	0	0

Anhang für das Geschäftsjahr 2016

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

1 Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung

Die Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (nachfolgend Wasserwerke), haben ihren Sitz in Leipzig. Sie sind im Handelsregister des Amtsgerichtes Leipzig unter HRB 3775 eingetragen.

Dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 liegen die Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) über die Rechnungslegung von großen Kapitalgesellschaften, des Einführungsgesetzes zum HGB (EGHGB) sowie die ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) und das Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DMBiG) zugrunde.

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach den Vorschriften des § 266 HGB.

Die Gliederung des Anlagevermögens wird – stetig zum Vorjahr – gemäß § 265 HGB erweitert, um die Besonderheiten eines Wasser- und Abwasserunternehmens besser abzubilden.

Im Interesse einer besseren Klarheit und Übersichtlichkeit werden die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz beziehungsweise Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz beziehungsweise Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringen sind, überwiegend im Anhang aufgeführt.

Das „Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG“ wird auf der Aktivseite ergänzend ausgewiesen. Auf der Passivseite ist die Gliederung der Bilanz um den „Sonderposten für Investitionszuschüsse und Fördermittel“, um „Empfangene Ertragszuschüsse“ und um „Empfangene Ertragszuschüsse für Wiederbeschaffungszeitwerte“ erweitert.

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB. Der Posten „Abschreibungen“ ist um die „Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG“ erweitert. Des Weiteren wurde die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung um den Posten „Ergebnis vor Steuern“ ergänzt.

Die Umsatzerlöse sowie in der Folge auch die Sonstigen betrieblichen Erträge sind nicht mit denen des Vorjahres vergleichbar, da diese gemäß § 277 Abs. 1 HGB neu definiert wurden. Bei Anwendung des § 277 Abs. 1 HGB in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) bereits im Jahr 2015 hätte sich ein als Umsatzerlöse auszuweisender Vorjahresbetrag in Höhe von TEUR 141.031 ergeben.

Durch den Wegfall des außerordentlichen Ergebnisses durch das BilRUG sind das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung anzupassen und die Vorjahresbeträge des Postens umzugliedern.

Die Außerordentlichen Aufwendungen aus der Ausbuchung der Forderung aus Rückerstattungsansprüchen von Ausgleichszahlungen für die Geschäftsjahre 2006 und 2008 gegenüber dem Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land, Leipzig (ZV WALL) in Höhe von 50 % (TEUR 1.133) der ursprünglichen Forderung sowie der Verlust aus der Verschmelzung der WAK auf die Wasserwerke zum Verschmelzungstichtag 1. Januar 2015 (TEUR 33) wurden nunmehr in den sonstigen betrieblichen Aufwand umgegliedert.

Aus der Betriebsprüfung des Finanzamtes ergab sich 2016 in Höhe von TEUR 5.270 eine Umsatzsteuernachzahlung, die als außergewöhnlicher Aufwand in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen verbucht wurde.

Als verbundene Unternehmen werden alle Unternehmen angesehen, an denen die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (nachfolgend Stadtholding), direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist (Control-Konzept).

2 Erläuterungen zu den Posten von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

2.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden unverändert im Vergleich zum Vorjahr angewandt.

2.1.1 Aktivseite

Anlagevermögen: Die immateriellen Vermögensgegenstände (entgeltlich erworbene Softwarelizenzen und ähnliche Rechte sowie Grunddienstbarkeiten) sind mit den Anschaffungskosten (§ 255 Abs. 1 HGB), – soweit abnutzbar – vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bei Zugängen pro rata temporis, bewertet. Die Sachanlagen sind grundsätzlich mit den Werten der D-Markeröffnungsbilanz (Zugänge vor dem 1. Juli 1990) beziehungsweise mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten (§ 255 Abs. 1 und 2 HGB), – soweit abnutzbar – vermindert um planmäßige linear pro rata temporis nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vorgenommene Abschreibungen, bewertet.

Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern werden bei branchenspezifischen Anlagen wie Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, Trinkwassergewinnungs- und Abwasserreinigungsanlagen, Wasserverteilungs- und Abwassersammelanlagen sowie Maschinen und maschinellen Anlagen aus den steuerlichen Abschreibungstabellen für Energie- und Wasserversorgung abgeleitet.

Soweit erforderlich, werden außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund von dauernden Wertminderungen vorgenommen.

Durch Zuschüsse (mit)finanzierte Anlagegüter werden mit ihren ungekürzten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten ausgewiesen und die damit in Zusammenhang stehenden Zuschüsse als Sonderposten passiviert.

Unentgeltlich übernommene Sachanlagen sind mit ihrem Verkehrswert angesetzt und erfolgsneutral aktiviert (korrespondierender Ansatz im Sonderposten).

Die im Geschäftsjahr angeschafften geringwertigen Anlagegüter im Wert von EUR 150,00 bis EUR 410,00 werden sofort vollständig abgeschrieben.

Geleistete Anzahlungen werden zum Nennwert bilanziert, die Bewertung der Anlagen im Bau erfolgt zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten. Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen umfassen neben den verpflichtenden Bestandteilen gemäß § 255 Abs. 2 HGB auch angemessene Teile der Verwaltungsgemeinkosten und der Sozialkosten (handelsrechtliche Wertobergrenze).

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten und bei dauernden Wertminderungen vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert worden.

Umlaufvermögen: Die Bewertung der Vorräte erfolgt grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips und der Berücksichtigung eines Mengenrisikos.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbare Ausfallrisiken und das allgemeine Kreditrisiko werden durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die länger als ein Jahr fällig sind, wurden zu 100 % wertberichtigt. Für alle übrigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde ein pauschaliertes Verfahren angewendet, wobei je nach Alter der Forderung ein prozentualer Abschlag vorgenommen worden ist.

Die flüssigen Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten) sind zum Nominalwert angesetzt worden.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Ausgaben, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet.

Das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG ist korrespondierend mit der Rückstellungsbildung in der D-Markeröffnungsbilanz abzüglich zwischenzeitlicher Auflösungen und Verbräuche der betreffenden Rückstellungen angesetzt.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen der Bilanzpositionen ermittelt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Aufgrund der Körperschaft- und gewerbesteuerlichen Organschaft mit der Stadtholding als Organträgerin ist die Stadtholding alleinige Steuerschuldnerin, das heißt, auch tatsächliche und latente Steuern der Wasserwerke sind vollständig im Jahresabschluss der Stadtholding auszuweisen, da sie allein die Besteuerungsfolgen treffen.

2.1.2 Passivseite

Das Eigenkapital wird zum Nennwert bilanziert. Als gezeichnetes Kapital ist das Stammkapital laut Gesellschaftsvertrag ausgewiesen.

Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse und Fördermittel zum Anlagevermögen für Zugänge bis einschließlich 2011 erfolgt mit einem Abschreibungssatz von 2,5 % entsprechend der durchschnittlichen Abschreibungsdauer der bezuschussten Sachanlagen. Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse und Fördermittel zum Anlagevermögen für Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2012 erfolgt planmäßig entsprechend dem Abschreibungsverlauf der bezuschussten Sachanlagen.

Für Investitionen, die der Umweltverbesserung dienen, ist die Abwasserabgabe verrechenbar. Der Sonderposten für verrechenbare Abwasserabgabe wird objekt- und vorhabenbezogen entsprechend der jeweiligen Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände ergebniswirksam aufgelöst.

Die empfangenen Ertragszuschüsse für Zugänge bis einschließlich 2011 im Bereich Trinkwasser sind mit den Ursprungswerten, vermindert um die jährliche 2,5%ige Auflösung, die empfangenen Ertragszuschüsse im Bereich Abwasser mit den Ursprungswerten, vermindert um die jährliche 5%ige Auflösung, bilanziert. Für die Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2012 erfolgt die Auflösung planmäßig entsprechend dem Abschreibungsverlauf der betroffenen Sachanlagen.

Für die Preisperiode 2016/2017 haben die Wasserwerke erstmalig kalkulatorische Abschreibungen auf der Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten (WBZW) gemäß § 13 Abs. 1 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Preiskalkulation zum Ansatz gebracht. Als WBZW wird dabei der zum Zeitpunkt der Ermittlung anzusetzende Wert des Anlagevermögens, den die Gesellschaft für die Erneuerung eines Vermögensgegenstandes durch den Gegenstand gleicher Art und Güte zahlen müsste, verstanden. Nach § 13 Abs. 4 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes sind, sofern Abschreibungen auf Basis von WBZW zugrunde gelegt werden, sich daraus gegenüber einer Kalkulation mit Anschaffungs- und Herstellungskosten ergebende Mehrerträge einem Sonderposten zuzuführen und

wie ein Ertragszuschuss zu behandeln. Der Sonderposten wurde erstmalig im Jahr 2016 anlagenklassenbezogen gebildet. Ab dem Zeitpunkt der Vornahme von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in Folgeperioden ist der Sonderposten unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Nutzungsdauer der Investitionen planmäßig ertragswirksam aufzulösen.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle bei der Bilanzierung erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Ihre Bewertung ist in Höhe des unter Beachtung des Grundsatzes der vernünftigen kaufmännischen Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages erfolgt. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst.

Für Pensionszusagen, Jubiläumzahlungen, Regelungen für den Übergang in die Altersrente und Abfindungen für die vorzeitige Inanspruchnahme der gesetzlichen Rente ab dem 63. Lebensjahr sind Rückstellungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten gebildet. Die Pensions- und Jubiläumsrückstellungen werden nach der Projected-Unit-Credit-Methode und die Verpflichtungen aus Altersübergangsregelungen einschließlich des Ausgleichs für Rentenminderung nach dem Teilwertverfahren – jeweils unter Anwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck – ermittelt. Dabei werden Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie erwartete Rentenerhöhungen mit 1,5 % berücksichtigt.

Die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen ist auf Basis des von der Deutschen Bundesbank für den 31. Dezember 2016 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Jahre, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB) von 4,01 %, erfolgt. Die Abzinsung der Rückstellung aufgrund gesonderter Regelungen für den Übergang in die Altersrente ist auf Basis des von der Deutschen Bundesbank Ende Oktober 2016 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Jahre, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB), erfolgt. Dieser Zinssatz wurde für das Jahresende fortgeschrieben auf 4,00 %. Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen und der Rückstellung aufgrund gesonderter Regelungen für den Übergang in die Altersrente mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 359.

Der Jahresabschluss wurde unter Anwendung des Schreibens vom 23. Dezember 2016 des Bundesministeriums der Finanzen ohne Berücksichtigung der Abführungssperre des Unterschiedsbetrages aufgestellt.

Die Bewertung der Jubiläumsrückstellung erfolgte zudem unter der Berücksichtigung einer Fluktuation von 1 % pro Jahr und auf Basis des von der Deutschen Bundesbank Ende Oktober 2016 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Jahre, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz wurde für das Jahresende fortgeschrieben auf 3,23 %.

Die Rückstellung für Abfindungen für die vorzeitige Inanspruchnahme der gesetzlichen Rente ab dem 63. Lebensjahr wurde auf Basis des von der Deutschen Bundesbank Ende Oktober 2016 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Jahre, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von einem Jahr ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB), bewertet. Dieser Zinssatz wurde für das Jahresende fortgeschrieben auf 1,59 %.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Erhaltene Abschlagszahlungen der Kunden werden nach Abzug der abgeführten Umsatzsteuer bis zur nächsten Verbrauchsabrechnung als erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Einnahmen, die Erträge nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet.

2.1.3 Cross-Border-Lease

Am 16. Juni 2000 schlossen die Wasserwerke zwei Cross-Border-Lease-Transaktionen mit den Klärwerken Lindenthal und Rosental (Trust A) sowie Markkleeberg, Markranstädt und Taucha (Trust B). Diese Verträge beinhalten die Vermietung/Rückmietung der Klärwerke mit Kaufoption, bei deren Ausübung der Cross-Border-Lease im Jahr 2025 beendet werden kann. Der erhaltene Barwertvorteil ist passivisch abgegrenzt und wird über einen Zeitraum von 25 Jahren aufgelöst. Im Rahmen der Vertragsregelungen verpflichten sich die Wasserwerke unter anderem zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes und zur Durchführung entsprechender Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen an den Klärwerken.

Die in die Leasingtransaktionen eingebrachten Sachanlagen werden aufgrund des unverändert fortbestehenden rechtlichen und wirtschaftlichen Eigentums weiterhin unter den Sachanlagen bilanziert.

2.1.4 Fremdwährungen

Geschäftsvorfälle in fremder Währung werden mit dem Devisenkassamittelkurs zum Zeitpunkt der Erstverbuchung erfasst. Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag umgerechnet. Im Falle einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden dabei die §§ 253 Abs. 1 Satz 1 und 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB nicht angewendet (§ 256a HGB).

2.2 Erläuterungen zur Bilanz

2.2.1 Anlagevermögen

Die Gliederung und Entwicklung des Anlagevermögens sowie die Zusammensetzung der Finanzanlagen werden in der Anlage zu diesem Anhang dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Sachanlagen aus Erschließungsmaßnahmen mit einem Verkehrswert von Mio. EUR 5,2 unentgeltlich übernommen und gleichzeitig im Sonderposten aus Investitionszuschüssen und Fördermitteln erfasst.

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen betreffen ein längerfristiges Darlehen an die Sportbäder Leipzig GmbH in Höhe von TEUR 436.

Die Anschaffungskosten für die Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau, sind wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung vollständig abgeschrieben.

2.2.2 Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten

Die Vorräte betreffen Lagermaterial.

Aufgrund der unverändert rollierend vorgenommenen Jahresverbrauchsablesung enthalten die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus umfangreichen Hochrechnungen des Verbraucherverhaltens ermittelte Teilbeträge von Mio. EUR 55,6 (Vj.: Mio. EUR 36,3).

Die Pauschalwertberichtigung auf diese Forderungen abzüglich erhaltener Anzahlungen wurde mit 1,0 % in Höhe von TEUR 129 angesetzt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind bis auf die folgenden Beträge alle mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr fällig:

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	in TEUR	
	31.12.2016	31.12.2015
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	331	254
2. Sonstige Vermögensgegenstände	45	57
	376	311

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr resultieren aus Ratenzahlungsverträgen.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** (TEUR 2.593, Vj.: TEUR 2.530) enthalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 399, Vj.: TEUR 340) und sonstige Vermögensgegenstände, die Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen (TEUR 2.190) und sonstige Weiterberechnungen (TEUR 4) betreffen.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen ausschließlich Lieferungen und Leistungen.

Forderungen gegen Gesellschafter bestehen insgesamt in Höhe von TEUR 15.460. Davon betreffen das verbundene Unternehmen Stadtholding TEUR 11.547 (Vj.: TEUR 10.682), die aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 1), aus Steuerforderungen (TEUR 129) sowie aus Cash-Pool-Forderungen (TEUR 11.417) resultieren. Die Forderungen gegen den ZV WALL von TEUR 3.913 (Vj.: TEUR 3.587) betreffen Lieferungen und Leistungen (Straßenoberflächenentwässerung) von TEUR 3.723 (Vj.: TEUR 3.397), Instandhaltung und Wartung der Hydranten zur Löschwasserbereitstellung von TEUR 110 sowie Kapitalertragsteuer von TEUR 80 (Vj.: TEUR 80).

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet wie zum Vorjahresbilanzstichtag im Wesentlichen die vorausgezählten Vermögensverwaltungsgebühren (TEUR 315), die jährlich und anteilig bis zum Jahr 2033 aufgelöst werden.

2.2.3 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt TEUR 10.100 (Anteil der Stadtholding: TEUR 7.540, Anteil des ZV WALL: TEUR 2.560).

Die Gemeinden Machern und Jesewitz des Gebietes Lindelbach (Mitglieder im ZV WALL) haben sich im Rahmen der Übernahme von Aktiva und Passiva durch die Wasserwerke vertraglich dazu verpflichtet, auf ihnen zustehende Anteile an der Ausgleichzahlung an den ZV WALL zugunsten der Wasserwerke zu verzichten (sonstige Zuzahlung in die Kapitalrücklage). Dementsprechend wurden im Berichtsjahr insgesamt TEUR 30 der Kapitalrücklage zugeführt.

Am 18. November 2002 haben die Stadtholding und die Wasserwerke einen Ergebnisabführungsvertrag (EAV) geschlossen (eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Leipzig am 21. November 2002). Der ZV WALL erhält danach als außenstehender Anteilseigner eine feste und eine variable Ausgleichszahlung.

Mit einer Änderungsvereinbarung zum EAV vom 22. Oktober 2013 zwischen den Wasserwerken und der Stadtholding erfolgte dessen Anpassung an die aktuelle Rechtslage. Zu den Zahlungsmodalitäten von Gewinnabführung an die Stadtholding und Ausgleichszahlung an den ZV WALL wurde eine privatrechtliche Vereinbarung zwischen den Wasserwerken und ihren Gesellschaftern geschlossen, die im Wesentlichen unterjährige Vorauszahlungen auf die sich planmäßig ergebende Gewinnabführung an die Stadtholding und die Ausgleichszahlungen an den ZV WALL beinhaltet.

2.2.4 Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen von TEUR 1.859 betreffen die Verpflichtung auf Gewährung von Hinterbliebenenversorgung beziehungsweise die Pensionszusage für einen ehemaligen Geschäftsführer.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich spezifische Umsatzrisiken gemäß dem SächsKAG (TEUR 26.190), Abwasserabgaben gemäß dem Abwasserabgabengesetz (TEUR 8.055), Prozesskosten (TEUR 3.420, nahezu ausschließlich für Risiken aus CDO-Transaktionen), Entschädigungen für nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz noch nicht eingetragene Grunddienstbarkeiten (TEUR 1.696), Ansprüche aus dem Beschäftigungssicherungstarifvertrag, Regelungen für den Übergang in die gesetzliche Rente einschließlich des Ausgleiches für Rentenminderung (TEUR 3.143), die Altlastensanierung (TEUR 515), unterlassene Instandhaltungen (TEUR 4.381) und Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (TEUR 5.850) sowie eine Rückstellung für den zusätzlichen Wechsel von Zählern, die ohne gültige Konformitätsbewertung geliefert wurden (TEUR 1.025). Rückstellungen, für die sich zum 1. Januar 2010 nach den Bewertungsvorschriften des HGB in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ein Auflösungsbetrag ergeben hätte, wurden in der ursprünglichen Höhe beibehalten (Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB). Zum 31. Dezember 2016 liegt der insoweit nach Art. 67 Abs. 1 Satz 4 EGHGB anzugebende Betrag der Rückstellungsüberdeckung nach Berücksichtigung von zwischenzeitlichen Verbräuchen, Auflösungen und gekürzten Zuführungen noch bei TEUR 49.

Langzeitkonten: Mit Tarifvertrag vom 1. Dezember 2011 regelten die Wasserwerke die Einführung und den Umgang mit Langzeitkonten. Demnach können die Mitarbeiter Gehaltsbestandteile und/oder Urlaubstage beziehungsweise erbrachte Überstunden in Wertkonten umwandeln. Die Beträge (TEUR 547, Vj.: TEUR 493) werden zugunsten der Mitarbeiter angelegt (Deckungsvermögen). Wertsteigerungen stehen den Mitarbeitern zu, wobei die Wasserwerke mindestens den angelegten Betrag garantieren. Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens zum Bilanzstichtag beträgt TEUR 547 (Vj.: TEUR 493). Die Mitarbeiter können die hinterlegten Beträge zur Auszahlung innerhalb einer langfristigen Freistellung verwenden. Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfolgte eine Verrechnung des Zeitwerts der Wertkonten mit der gegenüberstehenden Rückstellung (analog zu wertpapiergebundenen Versorgungszusagen) sowie der Erträge aus Wertsteigerungen mit den Aufwendungen zur Dotierung der Rückstellung (TEUR 7, Vj.: TEUR 6). Aufgrund der vorzeitigen Auszahlung eines Teilbetrages aus dem Deckungsvermögen zur Auszahlung an Mitarbeiter an die Wasserwerke ergibt sich zum Bilanzstichtag ein Verpflichtungsüberhang von TEUR 23.

2.2.5 Verbindlichkeiten

In der nachfolgenden Tabelle sind die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten dargestellt:

Verbindlichkeiten	Restlaufzeit			in TEUR
	bis zu einem Jahr	von einem bis zu fünf Jahren	über fünf Jahre	Gesamt
	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	31.12.2016 (Vorjahr)
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.827 (9.306)	11.168 (17.336)	8.619 (11.278)	28.614 (37.920)
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	42.579 (27.203)	0 (0)	0 (0)	42.579 (27.203)
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.693 (11.248)	50 (50)	0 (0)	10.743 (11.298)
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.852 (5.702)	0 (0)	0 (0)	6.852 (5.702)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	163 (168)	0 (0)	0 (0)	163 (168)
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	20.494 (15.613)	63.593 (45.404)	78.025 (67.617)	162.112 (128.634)
7. Sonstige Verbindlichkeiten	19.700 (19.770)	0 (0)	0 (0)	19.700 (19.770)
	109.308 (89.010)	74.811 (62.790)	86.644 (78.895)	270.763 (230.695)

Für einen Teil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von TEUR 28.569 sowie für einen Teil der Verbindlichkeiten gegenüber der Stadtholding von TEUR 129.344 existieren Negativerklärungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** resultieren aus dem Cash Management (TEUR 3.010, Vj.: TEUR 3.038), aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 3.714 Vj.: TEUR 2.559) und aus sonstigen Steuern (TEUR 128, Vj.: TEUR 105).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen wie zum Vorjahresstichtag Lieferungen und Leistungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern** bestehen gegenüber dem verbundenen Unternehmen Stadtholding mit TEUR 154.145 (Vj.: TEUR 120.434) und gegenüber dem ZV WALL mit TEUR 7.967 (Vj.: TEUR 8.200).

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadtholding beinhalten Verbindlichkeiten aus Darlehen (TEUR 148.232), abgegrenzten Zinsen (TEUR 4), aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 132), sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 5.270) sowie aus der restlichen Ergebnisabführung (TEUR 507).

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem ZV WALL betreffen die Schuldübernahme eines Darlehens der Sächsischen Aufbaubank im Zusammenhang mit der Teilbetriebsübernahme Lindelbach (TEUR 6.789), abgegrenzte Zinsen (TEUR 63), Ausgleichszahlungs- (TEUR 42) und Konzessionsabgabeverpflichtungen (TEUR 1.073).

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus im Voraus erhaltenen, noch nicht gerichtlich entschiedenen Prozesskostenerstattungen im Zusammenhang mit dem Londoner Gerichtsprozess zu CDO-/CDS-Transaktionen (TEUR 14.957, zum Teil in Fremdwährung), ferner Verbindlichkeiten aus Steuern sowie Kundenüberzahlungen beziehungsweise Sicherheitsleistungen.

2.2.6 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Wasserwerke haben im Jahr 2000 Cross-Border-Lease-Transaktionen für Klärwerke abgeschlossen. Der sich aus der Auszahlung an die Wasserwerke abzüglich der Transaktionskosten und der Avalprovision ergebende Barwertvorteil von insgesamt TEUR 9.958 aus diesen Geschäften wird über die Laufzeit von 25 Jahren, entsprechend dem Vertrag, zugunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

2.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

2.3.1 Umsatzerlöse

Es wurden im Inland Umsätze von TEUR 145.087 erzielt. Davon entfallen auf:

Umsatzerlöse	in TEUR	
	2016	2015
Hauptleistungen	142.559	134.518
davon: Abgabe von Trinkwasser (inklusive Umsatzgutschrift bzw. -minderung aus der Rückstellung für Umsatzrisiken)	71.759	68.055
davon: Behandlung von Abwasser (inklusive Umsatzgutschrift bzw. -minderung aus der Rückstellung für Umsatzrisiken)	70.800	66.463
Nebenleistungen	2.484	1.490
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	44	3.990
	145.087	139.998

In den Umsatzerlösen aus Abwasser sind Mio. EUR 29,6 (Vj.: Mio. EUR 28,1) für die Entsorgung des Niederschlagswassers enthalten. Die Vermessung der zu entsorgenden Fläche unterliegt einer ständigen Präzisierung. Die Veränderung der Auflösung empfangener Ertragszuschüsse zum Vorjahr resultiert aus der Zuführung zum Sonderposten für Ertragszuschüsse aus Wiederbeschaffungszeitwerten in Höhe von TEUR 4.096.

Die **Umsatzerlöse** enthalten periodenfremde Umsatzminderungen von TEUR 701.

2.3.2 Übrige Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse und Fördermittel sowie verrechenbare Abwasserabgabe (TEUR 15.216) und ferner periodenfremde Erträge von TEUR 4.013 enthalten, die aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 2.900), aus Gutschriften (TEUR 30), aus einzelwertberechtigten beziehungsweise abgeschriebenem Forderungen (TEUR 256), Stromabrechnung (TEUR 404), Erstattung von Energie- und Stromsteuer (TEUR 344), aus Bewertung „Lagerhüter“ (TEUR 49) aus dem Abgang von Anlagevermögen (TEUR 18) und aus dem Abgang von Sonderposten (TEUR 12) resultieren.

Darüber hinaus sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen Fremdwährungsgewinne von TEUR 49 (Vj.: TEUR 126) enthalten.

Unter den **Abschreibungen** sind Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG (TEUR 65) ausgewiesen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten periodenfremde Aufwendungen von TEUR 1.345. Sie betreffen eine Forderungskorrektur für die Löschwasserbereitstellung (TEUR 599), Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen (TEUR 364), Ausbuchungen und Wertberichtigungen auf Forderungen (TEUR 273) und sonstigen betrieblichen Aufwand (TEUR 109).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten außergewöhnliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 5.270 aus Nachzahlung zur Umsatzsteuer. Obwohl hinsichtlich der Feststellung zur Umsatzsteuerpflicht der Provisionen/Beraterleistungen auf CDO-/CDS-Transaktionen die Wasserwerke grundsätzlich weiterhin an ihrer bisher vertretenen Rechtsauffassung festhalten, haben sie sich entschlossen, zur Minderung des Zinsrisikos die vom Finanzamt geforderten Steuer- und Zinsbeträge zu zahlen.

Des Weiteren sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Fremdwährungs- und Kursverluste von TEUR 0 (Vj.: TEUR 138) enthalten.

Die **Zinsen und ähnlichen Erträge** enthalten periodenfremde Bestandteile aus der Abzinsung des zugeführten Betrages zur Rückstellung für Umsatzrisiken des Vorjahres (TEUR 822).

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** enthalten periodenfremde Bestandteile aufgrund von Aufzinsungsbeträgen der Rückstellung für Umsatzrisiken (TEUR 37).

Aus der Ab- und Aufzinsung von Rückstellungen resultieren Zinserträge von TEUR 1.259 (Vj.: TEUR 753) und Zinsaufwendungen von TEUR 631 (Vj.: TEUR 1.090).

2.3.3 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund der vertraglich vereinbarten Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter ist die darauf anfallende Kapitalertragsteuer bereits im Berichtsjahr als Vorauszahlung geleistet worden. Der ausgewiesene Ertragsteueraufwand entfällt in Höhe von TEUR 211 auf das Vorjahr.

3 Angaben zum Jahresergebnis

Der Jahresgewinn vor Gewinnabführung an die Stadtholding und vor Ausgleichszahlung an den ZV WALL beträgt Mio. EUR 24,0 (Vj.: Mio. EUR 30,6).

4 Ergänzende Angaben

Die Stadtholding stellt einen für die Wasserwerke gemäß § 291 HGB befreienden Konzernabschluss (für den größten und kleinsten Konsolidierungskreis) nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften auf, in den die Wasserwerke und ihre wesentlichen Tochterunternehmen einbezogen werden und der im Bundesanzeiger elektronisch offengelegt wird.

4.1 Haftungsverhältnisse

4.1.1 Cross-Border-Lease-Transaktion (CBL)

Es bestehen Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften.

Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite:

Für die Fremdmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten bestehen Zahlungsinstrumente eines Finanzinstituts mit Investment-Grade-Rating gemäß Standard & Poor's und Moody's. Das Zahlungsprofil des Zahlungsinstruments ist auf die von den Wasserwerken geschuldeten Fremdmittelanteile der Leasingraten abgestimmt. Der Saldo der Fremdmittel-Zahlungsinstrumente zum Jahresende 2016 liegt bei circa Mio. USD 166,0.

Zahlungsverpflichtung Eigenmittelseite:

Für die Eigenmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten besteht ein Zahlungsinstrument einer Zweckgesellschaft, die ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Wasserwerken bis Ende September 2016 durch ein Zahlungsinstrument eines Finanzinstituts mit Investment-Grade-Rating, das durch US-Staatsanleihen zusätzlich gesichert war, refinanziert hatte. Mit der am 28. September 2016 erfolgten Refinanzierung konnte das Zahlungsinstrument des Finanzinstituts gegen ein fristen- und betragskonformes Portfolio aus US-Staatsanleihen ausgetauscht werden, das heißt, seit diesem Zeitpunkt ist das Zahlungsinstrument der Zweckgesellschaft direkt durch ein zu den von den Wasserwerken geschuldeten Eigenmittelanteilen der Leasingraten fristen- und betragskonformes Portfolio aus US-Staatsanleihen hinterlegt. Das Portfolio aus US-Staatsanleihen ist zudem zugunsten des Investors verpfändet. Für das Portfolio aus US-Staatsanleihen gibt es keine vertraglich vorgegebenen Ratinganforderungen, das heißt, die bis zum 28. September 2016 diesbezüglich relevanten Ratingtrigger sind aufgehoben.

Bei einer vorzeitigen, von den Wasserwerken zu verantwortenden Vertragsauflösung kann sich ein Eventualrisiko aus der Differenz zwischen den für diesen Fall vertraglich vereinbarten (Eigenmittel-)Kündigungswerten und dem Marktwert des Eigenmittel-Zahlungsinstrumentes, der dem Marktwert des Portfolios aus US-Staatsanleihen entspricht, ergeben. Zum Jahresende 2016 lag dieser Differenzbetrag bei circa Mio. USD 44,0. Für diesen Differenzbetrag sind zusätzliche Sicherheiten zugunsten des Investors in Form von Bankavalen bei einer deutschen Landesbank bestellt. Für die Bankavale bestehen vertraglich vereinbarte Mindestratings. Da die Bankavale vor Juli 2001 begeben wurden, unterliegen diese der zeitlich uneingeschränkten Gewährträgerhaftung der damaligen Gewährträger.

4.1.2 CDO-/CDS-Transaktionen

Zu den in den Jahren 2006 und 2007 abgeschlossenen CDO-Transaktionen erging am 4. November 2014 ein Urteil des High Court of Justice in London. Nach diesem Urteil, gegen das die UBS beim Court of Appeal in London die Zulassung der Berufung beantragt hat, sind die Wasserwerke nicht dazu verpflichtet, Zahlungen an die an den Transaktionen beteiligten Banken in Höhe von rund Mio. EUR 260,0 zuzüglich Zinsen und Kosten zu leisten. Die Geschäftsführung der Wasserwerke geht – bestätigt durch das oben genannte Urteil – wie in den Vorjahren davon aus, dass die CDO-Transaktionen unwirksam beziehungsweise nicht durchsetzbar sind und etwaige Zahlungsansprüche der Banken hieraus abgewehrt werden können, weshalb für die hieraus resultierenden potenziellen Risiken unverändert zu den Vorjahren keine Rückstellung gebildet wurde.

4.1.3 Patronatserklärung

Im Jahr 2006 haben die Wasserwerke gegenüber der HypoVereinsbank für das Tochterunternehmen Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig, eine Patronatserklärung für gegenwärtige und künftige Kredit- und Finanzdienstleistungen abgegeben, die vorrangig zur Investitionsfinanzierung für eine Schwimmhalle und zur Absicherung des Bäderbetriebes dienen (Darlehensinanspruchnahme zum 31. Dezember 2016: TEUR 3.075). Eine Inanspruchnahme der Wasserwerke ist langfristig nahezu auszuschließen, da eine auskömmliche Finanzierung des Tochterunternehmens im Rahmen vertraglicher Zuwendungen der Stadt Leipzig erfolgt (Bäderleistungsfinanzierungsvertrag bis 2022).

4.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen und nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Das **Bestellobligo** beträgt zum 31. Dezember 2016 TEUR 24.569. Darin enthalten ist das Obligo mit verbundenen Unternehmen von TEUR 4.802.

Aus **Miet- und Leasingverträgen** bestehen Verpflichtungen von TEUR 5.306 bis zum jeweiligen Vertragsende, davon gegenüber verbundenen Unternehmen TEUR 2.421. In allen Fällen handelt es sich um sogenannte Operating-Lease-Verträge, die zu keiner Bilanzierung der Objekte bei der Gesellschaft führen. Die Vorteile dieser Verträge liegen in der geringeren Kapitalbindung im Vergleich zum Erwerb, im Wegfall des Verwertungsrisikos sowie in der laufenden Gewährleistung eines Fuhrparks entsprechend dem Stand der Technik. Risiken könnten sich aus der Vertragslaufzeit ergeben, sofern die geleasten Fahrzeuge nicht mehr oder nicht mehr ausreichend genutzt werden könnten, wofür es derzeit keine Anzeichen gibt.

Mit der Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig, wurden Stromlieferverträge mit einem fixierten Stromgrundpreis über insgesamt circa TEUR 5.250 (inklusive Strommengen für Tochterunternehmen – Einkaufskooperation) für 2017 abgeschlossen.

Weiterhin bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen für die Auszahlung eines Darlehens im Jahr 2017 an die Sportbäder Leipzig GmbH in Höhe von TEUR 2.000.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2000 abgeschlossenen CBL-Transaktionen haben sich die Wasserwerke unter anderem zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes und zur Durchführung entsprechender Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen über die Laufzeit der Verträge verpflichtet.

4.3 Derivative Finanzinstrumente

Zur Zinssicherung wurden bei den Wasserwerken Zinsderivate eingesetzt. Der Abschluss von Zinsderivaten erfolgte jeweils bezogen auf ein Grundgeschäft. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 besteht noch ein Zinsswap mit einem Restnominalvolumen von TEUR 5.625.

Der Zinsswap weist zum Bilanzstichtag einen negativen Zeitwert von TEUR 288 auf. Das Zinsderivat wird mit dem zugrunde liegenden Bankdarlehen zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst. Für den Zinsswap gilt, dass er mit dem zugrunde liegenden Darlehen in allen wesentlichen Bedingungen übereinstimmt und dass sich die Zahlungsströme aus der Zinsabsicherung für die verbleibende Laufzeit des Derivats vollständig ausgleichen, mithin eine Absicherung von Festzinssätzen erreicht wird.

Konkret handelt es sich um folgende Absicherung:

Payer-Swap mit einer Laufzeit vom Beginn am 1. April 2008 bis zum Ende der Margenbindung des zugrunde liegenden Tilgungsdarlehens am 30. März 2018. Abgesichert ist der jeweilige Restwert des Tilgungsdarlehens. Zum Stichtag beträgt dieser TEUR 5.625.

Die Bewertung des Swaps durch die Bank leitet sich vom Mid-Market-Preis oder vom indikativen Preis, zu dem das Kreditinstitut das Finanzinstrument beendet oder zurückgekauft hätte, ab und erfolgte auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden.

Für die Abbildung der Derivate in der Bilanz wurde die Einfrierungsmethode gewählt.

4.4 Angaben zu den Organen

Der **Geschäftsführung** gehören an:

- Herr Dr. Ulrich Meyer, technischer Geschäftsführer, und
- Herr Michael M. Theis, kaufmännischer Geschäftsführer.

Für das Jahr 2016 entfallen auf die Geschäftsführer folgende Vergütungen:

in TEUR

	Festes Jahresgrundgehalt	Sonstige Bezüge	Erfolgsabhängige Vergütungen	Gesamtvergütung	Geleistete Zahlungen im Falle der Beendigung der Tätigkeit (Abfindungen)	Art der Altersversorgung*	Altersversorgung (Beitrags-) Aufwand	Im Geschäftsjahr 2016 gezahlte Beträge	
								Gesamtvergütung	davon erfolgsabhängige Vergütung
Dr. Ulrich Meyer	193	10	50	253	0	A	25	253	50
Michael M. Theis	180	10	50	240	0	A	20	240	50
	373	20	100	493	0		45	493	100

* A – beitragsorientierte Leistungszusage

Auf die Angabe der im Berichtsjahr gewährten Bezüge für Hinterbliebene eines früheren Geschäftsführers sowie einen ehemaligen Geschäftsführer wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die für ehemalige Geschäftsführer bestehende Pensionsrückstellung ist unter Abschnitt 2.2.4 angegeben.

Der **Aufsichtsrat** besteht aus folgenden Mitgliedern:

Anteilseignervertreter		
Volkmar Müller Vorsitzender des Aufsichtsrates	LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH	Geschäftsführer
Karsten Schütze 1. stellvertretender Vorsitzender	Stadt Markkleeberg	Oberbürgermeister der Stadt Markkleeberg
Wolfgang Denecke		arbeitslos
Jörg Enke	Stadt Schkeuditz	Oberbürgermeister der Stadt Schkeuditz
Andreas Geisler	Bäckerei Geisler	selbstständiger Bäckermeister
Achim Haas	SUB Gesellschaft für Kommunal- und Firmenberatung mbH	Geschäftsführer
Andreas Habicht	selbstständig	Geschäftsführer
Wolfgang Hesse	selbstständig	Unternehmensberater
Dr. Nicole Lakowa	Marillac School UG	Geschäftsführerin
Dr. Ilse Lauter	selbstständig	Dozentin für Buchführung und Rechnungs- wesen
Heiko Rosenthal	Stadt Leipzig	Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Sport
Dr. Lothar Tippach		Rentner
Norman Volger	Die Alternative Kommunalpolitik Sachsen e. V.	Vereinsgeschäftsführer
Christopher Zenker	SPD Landesverband Sachsen	Angestellter
Arbeitnehmervertreter		
Michaela Späth 2. stellvertretende Vorsitzende	Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	Sachbearbeiterin Personalmanagement
Ulrike Bauermann	Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	Sachbearbeiterin Großkundenbetreuung
Armin Krück	Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	Betriebsratsvorsitzender
Manfred Kummer	Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	Leiter Team Überwachung/Steuerung
Jürgen Mehnert	IG Bergbau, Chemie, Energie	Bezirksleiter IG Bergbau, Chemie, Energie
Hans-Jürgen Müller	Bau und Service Leipzig GmbH	Sachbearbeiter Elektrotechnik
Sebastian Speer	Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	stellvertretender Betriebsratsvorsitzender

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2016 folgende Vergütungen und Aufwandsentschädigungen:

in TEUR

Anteilseignervertreter	Vergütung	Aufwandsentschädigung
Volkmar Müller Vorsitzender des Aufsichtsrates	2,0	1,1
Karsten Schütze 1. stellvertretender Vorsitzender	1,6	0,8
Wolfgang Denecke	1,4	0,6
Jörg Enke	1,0	0,4
Andreas Geisler	1,4	0,6
Achim Haas	1,3	0,6
Andreas Habicht	1,4	0,6
Wolfgang Hesse	1,3	0,6
Dr. Nicole Lakowa	1,4	0,6
Dr. Ilse Lauter	1,2	0,6
Heiko Rosenthal	0,9	0,6
Dr. Lothar Tippach	1,4	0,6
Norman Volger	1,0	0,6
Christopher Zenker	1,4	0,6

in TEUR

Arbeitnehmervertreter	Vergütung	Aufwandsentschädigung
Michaela Späth 2. stellvertretende Vorsitzende	1,3	0,8
Ulrike Bauermann	1,3	0,6
Armin Krück	1,0	0,6
Manfred Kummer	1,4	0,6
Jürgen Mehnert	1,3	0,6
Hans-Jürgen Müller	1,4	0,6
Sebastian Speer	1,3	0,6

4.5 Abschlussprüferhonorar

Auf die Angabe des Honorars des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da diese Angabe in dem die Gesellschaft einbeziehenden Konzernabschluss der Stadtholding enthalten sein wird.

4.6 Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (§ 267 Abs. 5 HGB)

	2016	2015
Angestellte Mitarbeiter	365	329
Gewerbliche Mitarbeiter	170	195
	535	524

Darüber hinaus haben die Wasserwerke im Geschäftsjahr 2016 im Jahresdurchschnitt (§ 267 Abs. 5 HGB) 33 Auszubildende (Vj.: 31) und wie im Vorjahr einen Trainee beschäftigt.

4.7 Anteilsbesitz der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig, zum 31. Dezember 2016 (§ 285 Nr. 11 HGB)

An folgenden Unternehmen halten die Wasserwerke zum Bilanzstichtag einen Anteil von mindestens 20,00 %:

	Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH			Verbundenes bzw. Beteiligungsunternehmen		
	Geschäfts- anteile 31.12.2016	Anschaf- fungs- kosten 31.12.2016	Buchwert 31.12.2016	Stamm- kapital 31.12.2016	Eigenkapital 31.12.2016	Jahreser- gebnis 2016
	%	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
I. Anteile an verbundenen Unternehmen						
1. Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig	100,00	1.524	1.524	25	1.409	0
2. Bau und Service Leipzig GmbH, Leipzig	100,00	1.003	1.003	500	1.467	1.987 ¹
3. Wassergut Canitz GmbH, Leipzig	100,00	1.489	154	26	1.489	203 ¹
4. LSI GmbH, Leipzig ²	0	0	0	310	667	214
		4.016	2.681			
II. Beteiligungen						
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau (mittelbar gehalten über GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale), Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig)	25,50	71.581	0 ³	127.823	118.498	3.231
		71.581	0			
		75.597	2.681			

¹ Jahresergebnis vor Gewinnabführung

² mittelbares Tochterunternehmen, die Geschäftsanteile werden über die Bau und Service Leipzig GmbH gehalten

³ Buchwert am 31. Dezember 2016 auf EUR 1,00 abgeschrieben

5 Nachtragsbericht

Mit dem am 29. Januar 2016 zugestellten dinglichen Übertragungsbescheid des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) wurde eine Vermögenszuordnung der Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue Ostharz GmbH auf die danach vermeintlich berechtigten Zuordnungsempfänger dieser Geschäftsanteile vorgenommen.

Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), als Rechtsnachfolger der Treuhandanstalt – der ursprünglichen Verkäuferin der Geschäftsanteile an der FEO – hat die Wasserwerke mit Schreiben vom 1. Februar 2016 aufgefordert, eine entsprechende Klage gegen den Übertragungsbescheid des BADV zu erheben. Die BvS sieht eine aus dem ursprünglichen Kaufvertrag resultierende Schadensminderungspflicht auf Seiten der Wasserwerke. Die Wasserwerke haben daher fristgerecht Klage eingereicht.

Mit Urteil vom 27. Januar 2017 hat das VG Berlin der Klage im Wesentlichen stattgegeben. Der durch die Klage angefochtene Bescheid wird aufgehoben, weil die im Bescheid verfügte dingliche Übertragung der Geschäftsanteile rechtlich nicht haltbar ist. Sollte das Urteil rechtskräftig werden, ist davon auszugehen, dass das BADV den Zuordnungsbescheid insoweit anpasst, als dass der dingliche Zuordnungsausspruch durch einen Verpflichtungsausspruch modifiziert wird.

Leipzig, den 16. März 2017

Geschäftsführung



Michael M. Theis



Dr. Ulrich Meyer

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2016

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				31.12.2016
	01.01.2016	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Softwarelizenzen und ähnliche Rechte	25.177	181	606	1.153	24.811
2. Grunddienstbarkeiten	24.111	102	0	0	24.213
	49.288	283	606	1.153	49.024
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	132.485	92	179	374	132.382
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	3.735	0	0	0	3.735
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	8.873	1	1	0	8.875
4. Trinkwassergewinnungs- und Abwasserreinigungsanlagen	178.132	2.820	1.016	603	181.365
5. Wasserverteilungs- und Abwassersammelungsanlagen	1.436.583	27.111	15.986	948	1.478.732
6. Maschinen und maschinelle Anlagen	5.529	278	2	52	5.757
7. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.809	418	59	996	18.290
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	29.226	21.344	-17.849	100	32.621
	1.813.372	52.064	-606	3.073	1.861.757
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	4.016	0	0	0	4.016
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	436	0	0	436
3. Beteiligungen	71.581	0	0	0	71.581
	75.597	436	0	0	76.033
	1.938.257	52.783	0	4.226	1.986.814

in TEUR

01.01.2016	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen		Buchwerte	
				31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015	
22.902	911	0	1.153	22.660	2.151	2.275	
23.144	0	0	0	23.144	1.069	967	
46.046	911	0	1.153	45.804	3.220	3.242	
69.473	2.484	0	289	71.668	60.714	63.012	
1.096	47	0	0	1.143	2.592	2.639	
2.995	0	0	0	2.995	5.880	5.878	
119.749	6.100	-56	524	125.269	56.096	58.383	
692.915	30.608	48	854	722.717	756.015	743.668	
4.227	224	2	48	4.405	1.352	1.302	
15.201	878	6	984	15.101	3.189	3.608	
0	0	0	0	0	32.621	29.226	
905.656	40.341	0	2.699	943.298	918.459	907.716	
1.335	0	0	0	1.335	2.681	2.681	
0	0	0	0	0	436	0	
71.581	0	0	0	71.581	0	0	
72.916	0	0	0	72.916	3.117	2.681	
1.024.618	41.252	0	3.852	1.062.018	924.796	913.639	

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Leipzig, den 16. März 2017

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


(Drüppel)
Wirtschaftsprüfer


(Schrader)
Wirtschaftsprüfer



Impressum

Herausgeber

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Postfach 10 03 53
D-04003 Leipzig
Tel.: 0341 969-0
Fax: 0341 969-2349
wasserwerke@L.de
www.L.de.

Verantwortlich

Michael M. Theis
(Kaufmännischer Geschäftsführer),
Dr. Ulrich Meyer
(Technischer Geschäftsführer)

Konzept und Gestaltung

Centralgestalt GmbH
www.centralgestalt.de

PDF-Download

www.L.de/geschaeftsbericht